

NIE WIEDER FASCHISMUS. NIE WIEDER KRIEG.

*im gedenken an jene genossinnen und genossen,
die in den jahren der schlimmsten barbarei
für die befreiung der arbeiterInnenklasse
viel zu früh ihr leben ließen.*

euer kampf ist uns noch heute auftrag.

Inhaltsverzeichnis

Unser Beitrag zum Gedenkjahr:Gegen Faschismus! Für Sozialismus!	3
60 Jahre "Anschluß": Österreich war kein Opfer!	5
Februar 1934: Wie hätte der Faschismus verhindert werden können?	11
Die braunen Flecken nach 1945: Nicht Fehler sondern System	19
Restitution: Warten bis zum Sanktnimmerleinstag	25
Mit Schlips, Kragen und Stiefel. Was ist Faschismus und wie wir ihn bekämpfen	28
Faschismus – Eine Definition	33
Rechtsextremismus – Eine Definition	35
Portrait des Nationalsozialismus	37
II. Weltkrieg: Krieg für Demokratie oder für Profite?	44
Internationalismus gegen Imperialismus: Die Arbeit der Vierten Internationale während des Zweiten Weltkriegs für die deutsche Revolution	52
Vor 60 Jahren wurden die Häftlinge des KZ Auschwitz befreit: Massenmord und Profite	58

Impressum:

MHV: SLP, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien, Druck: Eigenvervielfältigung

Redaktion:

John Evers, Harald Mahrer

Layout, Satz und Umschlaggestaltung:

Harald Mahrer

Unser Beitrag zum Gedenkjahr: Gegen Faschismus! Für Sozialismus!

*Braune Fäden ziehen sich bis heute durch die Geschichte Österreichs.
Antifaschistischer Widerstand ist auch jetzt noch notwendig!
Gedanken sind im "Gedanken"jahr zu wenig, Taten sind gefragt.*

aus Vorwärts 146 / Mai 2005 (überarbeitet), von Harald Mahrer, SLP Wien-Süd

Vor 60 Jahren wurde Österreich vom Faschismus befreit, die II. Republik entstand. Eine "unglaubliche Geschichte", wie Hugo Portisch befindet. Unglaublich, aber wahr: Die zentrale These der neuen österreichischen Elite lautete "Österreich wurde 1938 von außen ausgelöscht und entstand 1945 neu - unter tatkräftiger Mithilfe eines nationalen Befreiungskampfes". Diese These ist dreifach falsch. Der Anschluss 1938 wurde von hunderttausenden ÖsterreicherInnen bejubelt und von tausenden im Inneren vorbereitet. Mehr als 700.000 ÖsterreicherInnen waren Mitglied der NSDAP, das entsprach einem höherem Bevölkerungsanteil als im "Altreich". Die "Ostmärker" waren auch überproportional in der Waffen-SS, bei der SS und als KZ-Schergen vertreten. All das soll 1945 wie weggeblasen sein?

Verfolgung und Mord

Opfer gab es ebenfalls genug auf österreichischem Boden: Zehntausende JüdInnen und Juden, andere "rassisch Minderwertige", Homosexuelle, sogenannte Asoziale und politisch Andersdenkende. Bei einem Fluchtversuch aus dem Todeslager Mauthausen wurden beispielsweise noch im Februar 1945 über 97 % der 500 Geflohenen von der örtlichen Bevölkerung und der SS zu Tode gejagt und ermordet. Es gab zwar Widerstand - aber von einem geeinten mächtigen und vor allem nationalen Befreiungskampf zu sprechen ist falsch. Partisanenaktivitäten existierten es im slowenischen Südkärnten, in der Steiermark und im Salzkammergut. 2.700 WiderstandskämpferInnen wurden hingerichtet, etwa 16.000 kamen in den KZs um. Aktiv war lange Zeit vor allem die illegale ArbeiterInnenbewegung. Gemessen an ihrer Größe mussten die KommunistInnen bei Weitem die meisten Opfer beklagen, während der bürgerliche, bzw. militärische Widerstand erst in der letzten Phase des Krieges in Erscheinung trat. Im kalten Krieg der "freien Welt" gegen die "rote Gefahr" wurde dieser kommunistische und sozialistische Widerstand noch schneller verdrängt und "vergessen" als die TäterInnen. Doch auch bei diesen ging's rasch: Von 13.000 verurteilten Kriegsverbrechern saßen im Jahr 1955 gerade noch 14 in Haft. Ehemalige Nazigrößen kamen in allen Parteien, in der Wirtschaft und auf den Universitäten unter.

Braune Fäden bis heute - Warum?

Nicht nur in der FPÖ "lebte" der Faschismus weiter, auch in Massenorganisationen wie dem Österreichischen Turnerbund, dem Kärntner Heimatdienst und den Landsmannschaften können die Spuren zurück verfolgt werden. In den Buden der Burschenschaften wurden und werden weiter stramm rechte junge Garden erzogen. Seit den 1960ern tummeln sich auch rechte Kleingruppen im braunen Rand der Republik, lange Zeit vom offiziellen Österreich stillschweigend geduldet. Heute verteilt der Bund freier Jugend bzw. die Aktion sichere Zukunft in Oberösterreich Flugblätter mit einschlägigem Inhalt und bedroht MigrantInnen, GewerkschafterInnen und AntifaschistInnen. Eine Frage drängt sich auf: Wäre es nach so einer Jahrhundertkastastrophe nicht logisch gewesen - nach einer umfassenden Abrechnung mit den TäterInnen - einen echten Schlusstrich, einen echten und ehrlichen Neuanfang zu beginnen? Zwei Faktoren trugen entscheidend bei, dass es dazu nicht kam. Erstens war der Faschismus Produkt desselben Gesellschaftssystems, das nach dem Krieg von allen Parlamentsparteien und den Besatzungsmächten (inkl. KPÖ und UdSSR!) "wieder" aufgebaut wurde: Kapitalismus. Zweitens bedeutete der Faschismus eine vernichtende Niederlage für die - sozialistische - ArbeiterInnenbewegung selbst.

Antifaschismus heute

"Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch", warnte bereits Bert Brecht. Wir als SozialistInnen stehen in der stolzen Tradition des Widerstands gegen Faschismus und Krieg und bauen nicht nur ideologisch auf den revolutionären Traditionen der Widerstandsbewegung auf, sondern verstehen dies als Verpflichtung den Schlachtruf: "Kein Vergeben! Kein Vergessen! Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!" hochzuhalten und aktiv gegen Faschismus und Krieg zu kämpfen.

Diese Broschüre soll dazu beitragen, die Traditionen dieses Kampfes lebendig zu halten und auch der neuen Generation von AntifaschistInnen einen anderen – sozialistischen – Blick auf die Geschichte zu ermöglichen. Diese Broschüre ist – nebenbei bemerkt – selbst ein Stück Zeitgeschichte: Sie ist nicht neu entstanden, sondern enthält Texte die Mitglieder des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI) in Österreich (SLP) und Deutschland (SAV) in den letzten Jahren verfasst haben. Gemeinsam mit einem Text von Leo Trotzki aus dem Jahre 1933 zeugen diese Texte sowohl von der langen Tradition als auch vom Stellenwert, den der Antifaschismus in unserer Bewegung bis heute hat. Im Namen der Redaktion für diese Broschüre wünsche ich eine interessante Lektüre und hoffe, dass sie dazu beiträgt, dass sich der/die eine oder andere LeserIn zur aktiven Teilnahme am antifaschistischen Kampf – am besten im Rahmen der Sozialistischen Linkspartei – entscheidet. Informationen über die SLP finden sich auf der hinteren inneren Umschlagseite. Wir laden Dich/Sie dazu ein, von den Möglichkeiten der Kontaktaufnahme zahlreich Gebrauch zu machen.

60 Jahre "Anschluß": Österreich war kein Opfer!

aus Vorwärts Nr. 81 / März 1998, von John Evers, Chefredakteur des Vorwärts

Unsere Freiheit wurde durch die Standhaftigkeit des österreichischen Volkes errungen" (Julius Raab, Bundeskanzler, ehemaliger austrofaschistischer Funktionär). "Wir haben, weil wir um keinen Preis, auch in dieser ernstesten Stunde nicht, deutsches Blut zu vergießen gesonnen sind, unserer Wehrmacht den Auftrag gegeben ... ohne Widerstand sich zurückzuziehen... (Bundeskanzler Schuschnigg 1938). Über 700.000 Österreicher waren Mitglied der NSdAP, 60.000 österreichische Jüdinnen und Juden, zehntausende österreichische Euthansieopfer, 11.000 österreichische Sinti und Roma und 25.000 österreichische Regimegegner kamen in der NS-Vernichtungsmaschinerie, in der österreichische Nazis wie Adolf Eichmann und Ernst Kaltenbrunner eine tragende Rolle spielten, um.

1998 ist wieder ein Gedenkjahr. Einige Kränze werden niedergelegt, einige Reden gehalten, der eine oder andere "mutige" Politiker wird andeuten, daß Österreicher im Jahre 1938 nicht nur Opfer sondern auch Täter gewesen ist. Selbst in dieser verharmlosenden Form war dieses eingeschränkte "Mitschuldbekennnis" jahrzehntelang nicht selbstverständlich (und ist es auch heute noch nicht, wie die Debatte um die Wehrmachtsausstellung zeigt). Die Leugnung der aktiven Mittäterschaft Hunderttausender und die Erfindung eines nie stattgefundenen nationalen Befreiungskampf gegen den Nationalsozialismus hatten 1945 und danach handfeste Hintergründe.

Die Lebenslüge der 2.Republik

Österreich wurde 1945 durch die Alliierten und nicht aus eigener Kraft befreit. Daß es überhaupt zur Errichtung eines eigenen Staates Österreich kam, ist dem damaligen Kräfteverhältnis zwischen den Westmächten und der Sowjetunion zuzuschreiben, die Europa in Einflußsphären aufgeteilt hatten. Die Moskauer Deklaration der Alliierten von 1943 schrieb Österreich zwar eine Mitverantwortung zu. In Punkt eins aber wurde Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus definiert, in Punkt zwei die Besetzung einfach für null und nichtig erklärt. Diese beiden Punkte bildeten die Grundlage, auf der die österreichischen Regierungen nach 1945 die Okkupationslegende schufen. Österreich: 1938 von außen ausgelöscht - 1945 wiedererstanden - Für die am Boden liegende österreichische Bourgeoisie war das der geeignete Rahmen, wieder Fuß zu fassen. Nazis konnten in führende Positionen integriert werden, eine Polarisierung um die Nazifrage und Abrechnung mit den Verantwortlichen verhindert werden. Deutsches Eigentum (welches damals nahezu die gesamte Industrie Österreichs war) wurde gegenüber Beschlagnahmungen der Alliierten einfach als österreichisches rekla-

miert. Einen Höhepunkt fand diese „Opferrollen“-Politik 1947 in der Forderung der österreichischen Bundesregierung nach Wiedergutmachungszahlungen von Deutschland.

Was führte zum Anschluß?

Die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war in ganz Europa ein Zeitalter von Revolution und Konterrevolution. Die österreichische ArbeiterInnenklasse gehörte damals zu den bestorganisierten und kämpferischsten Teilen der internationalen ArbeiterInnenbewegung. Der sozialdemokratischen Führung, die den entscheidenden politischen Einfluß auf die ArbeiterInnenklasse hatte, gelang es nach dem ersten Weltkrieg eine Revolution nach russischem Vorbild zu verhindern. Trotzdem mußte die Bourgeoisie, durch den Druck der Bewegung, widerwillig zahlreichen politischen und sozialen Zugeständnissen zustimmen. Für die österreichischen Bürgerlichen waren diese Ereignisse durchaus traumatisch: Der Verlust des Großreichs, der „Ordnung“ der Monarchie und vor allem die Furcht vor der einmal gespürten Macht der ArbeiterInnenklasse. Alles das zusammengenommen bedeutete, daß die Bourgeoisie in Österreich (und nicht nur da) von Beginn an, den Rahmen einer parlamentarischen Republik als ungeeignet für die Wahrung ihrer Interessen betrachtete. Die Beseitigung des „revolutionären Schutts von 1918“ war der Kampftruf des bürgerlichen Lagers während der gesamten 1. Republik. Der Faschismus formierte sich in der Zwischenkriegszeit in ganz Europa zur Antwort der Bourgeoisie auf die ArbeiterInnenbewegung und die Möglichkeit einer sozialistischen Gesellschaftsveränderung. Die faschistische Bewegung sollte die ArbeiterInnenklasse einschüchtern und in letzter Konsequenz ihre Parteien und Organisationen zerschlagen und ihre Kader vernichten. Die Entwicklung in der ersten Republik ist ab 1920 (die Sozialdemokratie war seitdem in der Opposition) von einem Rechtsruck von Christlichsozialen, Großdeutschen und Landbund und vom wachsenden Einfluß faschistischer Verbände geprägt. Die sozialdemokratisch geführte ArbeiterInnenbewegung war nicht in der Lage, wieder in die Offensive zu gehen - trotz hoher Organisationsdichte und einem starken bewaffneten Verband (dem Schutzbund). Ein Wendepunkt war 1927 der sogenannte Justizpalastbrand, bei dem die Regierung eine ArbeiterInnendemonstration blutig zerschloß. Statt eines Generalstreikaufrufes folgte parlamentarischer Protest. 1933 nahm die Führung der SdAP die Auflösung des Parlaments, das Verbot der KPÖ und des Maiaufmarsches kampflos hin. 1934 als die Regierung endgültig zur Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung schritt, war es zu spät.

Die faschistische Bewegung in Österreich vor 1934

Am 30.4.1920 wurde in Wien die Frontkämpfervereinigung gegründet. Sie bildete den wichtigsten Ansatzpunkt sowohl für die österreichischen Nationalsozialisten, als auch für die Austrofaschisten: Antimarxismus, Antisemitismus, Deutschnationalismus sowie die Beseitigung von „Friedensdiktaten“ waren ihr Credo. Um 1923 entstanden aus früheren Bauern- und Bürgerwehren die Heimwehren, die ab 1927 in allen Bundesländern

vertreten waren. Trotz bedeutender interner Rivalitäten und Differenzen fungierten sie als der "außerparlamentarische Arm der besitzenden Klassen" (Weinzierl). Vor allem der deutschnationale steirische Heimwehrführer Pfrimer machte sich durch sein brutales Auftreten gegen Streikende einen Namen. Zwischen 1927 und 1934 wurden die Heimwehren zu einem maßgeblichen Faktor. Zum Zeitpunkt ihrer größten Ausdehnung - 1929 - verfügte sie über 300.000 Mitglieder und setzten sich zu 90% aus Bauern und Kleingewerbetreibenden zusammen. 1930 formulierten sie mit dem Korneuburger Eid offen die Errichtung eines faschistischen Staates als Ziel. Ein abenteuerlicher faschistischer Putschversuch Pfrimers 1931 scheiterte noch. 1932 schloß der Heimwehrführer Starhemberg ein Bündnis mit den Christlichsozialen, daß 1934 erfolgreich den Widerstand der österreichischen ArbeiterInnenklasse brach.

Die österreichischen Nazis erlangten erst ab Anfang der 30er Jahre Bedeutung. Bei Landtagswahlen 1932 erlangten sie in einigen Bundesländern erstmals Mandate, bei Gemeinderatswahlen 1933 in einigen niederösterreichischen und Tiroler Städten erreichte sie im Schnitt 25-30 %. 1933 entfalteten die österreichischen Nazis durch eine großangelegte Terrorwelle ihre bisher größte Aktivität, die im selben Jahr der Anlaß zu ihrem vorläufigen Verbot war.

Vom Bürgerkrieg zum Anschluß

Das Bündnis Dollfuß/Starhemberg errichtete mit 12.2.1934 endgültig eine faschistische Diktatur in Österreich. Eine nicht unwesentliche Rolle spielte dabei Mussolini, der die Regierung massiv unterstützte. Nachdem die ArbeiterInnenbewegung durch Terror, Verbot, Lager und Todesurteile weitgehend ausgeschaltet worden war, nahm nun die Rivalität zwischen Austro- und Nazifaschismus zu. Bei einem gescheiterten NS-Putschversuch im Juli 1934 wurde Bundeskanzler Dollfuß getötet. Die Ereignisse zeigten, wie schnell der Einfluß der Nazis nach der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung gestiegen war und wie sehr sie den Staatsapparat bereits unterwandert hatten: "Am hellichten Tag konnten sich 160 Hakenkreuzler in einer Schule versammeln ... die `beste Polizei der Welt´ hat davon nichts bemerkt! Sie war gerade mit Massenverhaftungen von Sozialisten beschäftigt! Am hellichten Tage konnten Putschisten in das Bundeskanzleramt eindringen, die Minister verhaften, den Bundeskanzler killen - die Militärwache ... hat nicht den geringsten Versuch eines Widerstands unternommen!" (AZ, 29.8.1934).

Dollfuß selbst hatte die Polizei mehrmals aufgefordert nicht einzugreifen und Dollfuß' Nachfolger Schuschnigg ging sogar soweit, das Vermittlungsangebot des deutschen Gesandten anzunehmen. Ähnlich "konsequent" war die Regierung Schuschnigg gewillt, in den folgenden Jahren den Nationalsozialismus zu bekämpfen. NS-Publikationen überschwemmten das Land, die Nazis wuchsen zwischen 1934 und 1938 auf 90.000 "Illegale" an. Durch Bildung der „Achse“ Deutschland-Italien, wurde die Bindung zwischen dem österreichischen und italienischen Faschismus gelöst. Die deutsche Führung ihrerseits setzte nun auf den Weg des "kalten Anschlusses" Österreichs - mittels Zuckerbrot und Peitsche. Im Juli 1936 wurde zwischen Schuschnigg und Hitler ein

Abkommen getroffen, welches Österreich verpflichtete, als "deutscher Staat" die deutsche Außenpolitik zu unterstützen. Im Jahre 1937 begann das - durch die Rüstung ausgelöste -deutsche Wirtschaftswunder zu verblassen. Die Naziführung begann auf Expansionskurs zu gehen: Österreich und Tschechoslowakei waren die ersten Ziele. Unmittelbar nach dem „Anschluß“ übernahm die Reichsbank 90.000 kg Gold von der österreichischen Nationalbank. Die österreichische Energie und Industrieproduktion waren wichtig für die deutsche Rüstung.

Wer war bereit 1938 Widerstand zu leisten?

Bereits 1937 war eine Delegation von Betriebsvertrauenspersonen bei Schuschnigg mit einer Denkschrift erschienen: "Nur Organisationen, in denen die Arbeiter wirklich frei und unabhängig sind, in denen sie ihre Vertrauensmänner selbst wählen und kontrollieren, können eine wirksame aktive Abwehr gegen den Nationalsozialismus bilden." Trotz der Repression hatten Hunderttausende diese Denkschrift unterzeichnet. Am 7.3.1938 - wenige Tage vor dem "Anschluß" fand in Floridsdorf eine bundesweite Betriebsrätekonferenz statt. Die Betriebsrätekonferenz beschloß allerdings kein eigenes Vorgehen, sondern ein Verhandlungsangebot an Schuschnigg, mit diesem - bei gewissen Zugeständnissen - gemeinsam zu kämpfen. Schuschnigg und die Austrofaschisten wollten aber nicht kämpfen und waren unter keinen Umständen zu Konzessionen an die ArbeiterInnenklasse bereit. Schon im Jänner 1938 war der für den Verteidigungsplan gegen Deutschland verantwortliche General entlassen worden. Die Nazis konnten sich legal betätigen, Seyß-Inquart wurde Innenminister. Bis März 1938 war das austrofaschistische Regime mit seiner Selbstdemontage beschäftigt. Einerseits öffnete das den Nazis im Staatsapparat endgültig Tür und Tor. Andererseits schaffte das auch kurzfristige Freiräume für eine ansatzweise Neukonstituierung der ArbeiterInnenbewegung. Zudem hatte Schuschnigg plötzlich eine Volksabstimmung angeordnet. Diese unübersichtliche Situation führte zur raschen Verwirklichung von Hitlers Expansionsplänen: Am 12.3.1938 marschierte die deutsche Wehrmacht ein, ohne, daß ein Schuß der Gegenwehr fiel.

Nationale Unterdrückung?

Die These Österreich einfach als Opfer einer fremden Macht und den "Anschluß" als Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts der österreichischen Nation zu bezeichnen, greift zu kurz. Keine einzige österreichische Partei ging nach 1918 von der Lebensfähigkeit Österreichs aus. Artikel zwei der Verfassung strebte den Anschluß an Deutschland an, dieser wurden durch das Veto der Alliierten des ersten Weltkriegs 1919 verhindert. Mit dem Sieg des Nationalsozialismus in Deutschland 1933, nahmen Sozialdemokraten und Austrofaschisten Abstand von der Idee der staatlichen Einigung: Die SdAP strich den entsprechenden Paragraphen aus ihrem Programm, die Austrofaschisten sprachen vom unabhängigen, deutschen Österreich. Das änderte aber grundsätzlich noch nichts am Verständnis, daß es sich im Prinzip um ein deutsches Volk

und eine Nation handle. Die illegale Nachfolgeorganisation der Sozialdemokratie die "Revolutionären Sozialisten" hielten bis in die 40er Jahre am Konzept einer gesamtdeutschen Revolution fest.

Die Erschaffung der "österreichischen Nation"

Die eigentliche Begründung für eine eigenständige österreichische Nation lieferte die KPÖ, die nach 1934 gegenüber den SozialistInnen stark an Einfluß in der ArbeiterInnenschaft gewann. Im Sinne von Stalins internationaler Politik, die ab 1935 den Klassenkampf einem klassenübergreifenden Volksfront-Kampf gegen Faschismus unterordnete, "entdeckte" der österreichische Kommunist Alfred Klahr die österreichische Nation. Bis 1938 wurde die KPÖ-Linie zu einem aggressiven österreichischen Nationalismus entwickelt, der dem österreichischen Volk grundsätzliche antifaschistische Eigenschaften andichtete (z.B. besondere Resistenz gegen den Faschismus, tiefe Abneigung gegen alle Führerprinzipien). Die Klassennatur des Faschismus wurde negiert: "Der Unabhängigkeitskampf ist deshalb ein nationaler Kampf weil er Aufgaben zu lösen hat, die das ganze Volk betreffen." Es ist nur logisch, daß die KPÖ 1938 dem austrofaschistischen Regime bedingungslose politische (!) Unterstützung mit folgenden Worten anbot: "...Berchtesgaden hat den Widerstand unseres Volkes verhundertfacht...Alle Unterschiede der Weltanschauung, alle Parteiunterschiede treten zurück vor der heiligen Aufgabe...Rot-Weiß-Rot bis in den Tod!"

Durch die Moskauer Deklaration 1943 erhielt die KPÖ-Linie einen Rahmen, der diese zu einer Art Grundkonsens zwischen den Gründungsparteien der 2. Republik (ÖVP, SPÖ und KPÖ) werden ließ. Tatsächlich entwickelte sich eine österreichische Identität erst nach 1945, als durch Wirtschaftsaufschwung und politische Stabilität Österreich in den Augen der breiten Masse seine "Lebensfähigkeit" bewies. Ein „Treppenwitz“ der Geschichte ist hierbei, daß für Selbstverständnis der 2.Republik der Antikommunismus eine tragende Säule wurde.

Die Täter

"In Österreich hingegen hatten die Widerstandskämpfer in einer zum Teil feindlichen, von Denunzianten und fanatischen Regimeanhängern durchsetzten Umwelt zu wirken, gegen einen perfekt organisierten Terrorapparat und eine gewaltige Propagandamaschinerie anzukämpfen." (Wolfgang Neugebauer). Die triste wirtschaftliche Lage während des Austrofaschismus (jährliche Nettolohnsenkungen von 5-8 %), die Niederlage der ArbeiterInnenbewegung ..., all das hatte den Boden für die Entwicklung einer Massenbasis für die Nazis bereitet. Hinzu kam der in Österreich traditionell starke Antisemitismus. Hitlers Vorbilder waren die österreichischen Antisemiten Lueger und Schönerer gewesen. Extremer Antisemitismus zog sich durch die Programmatik aller bürgerlichen Parteien in der ersten Republik. Selbst die Sozialdemokratie griff in der Propaganda des öfteren zu antisemitisch geprägten Bildern. Bereits im März 1938 kam

es zu Pogromen, in die die NSDAP sogar disziplinierend eingriff. Hunderttausende ÖsterreicherInnen haben Hitler am Heldenplatz 1938 begrüßt. Auch wenn man Manipulation und eine vorhergegangene Verhaftungswelle miteinrechnet, hat mit offiziell 99 Prozent, sicher ein hoher Bevölkerungsanteil mit "Ja" zum "Anschluß" gestimmt. Die Bourgeoisie, die Spitze der Kirche und auch Teile der Sozialdemokratie (wie Karl Renner) taten das ebenfalls. 1,2 Millionen Österreicher haben in einer keineswegs "sauberen" Wehrmacht an Vernichtungskriegen teilgenommen.

Opfer und Täter

Über 60.000 österreichische Juden und zehntausende Angehörige anderer "Opfergruppen" wurden durch den NS-Terror ermordet. Bereits der erste österreichische Transport nach Dachau bestand fast zur Hälfte aus Juden. Mit dem "Anschluß" setzte sofort die Diskriminierung und Verfolgung durch 250 Verordnungen alleine in den ersten sechs Monaten ein: Verbot des öffentlichen Schulbesuches, Berufsverbote, Arisierung...führten ab 1942 konsequent in die Endlösung.

Der ehemalige Widerstandskämpfer und US-Historiker Radomir Luza beziffert die österreichischen Widerstandskämpfer auf 100.000. Mit dem "Anschluß" gelang es der mit einmarschierten SS, SD und Gestapo zunächst den Widerstand defacto zu zerschlagen. Ab 1941 kam es zum Wiederaufbau kleiner Gruppen und ab 1942 begannen in Tirol, im slowenischen Südkärnten, später in der Steiermark und im Salzkammergut gab es Partisanenaktionen. Ebenso kämpften vor allem KommunistInnen und SozialistInnen an der Seite der jugoslawischen PartisanInnen. Die bürgerliche O5 bildete sich 1944 - sie versuchte später die Zerstörung Wiens zu verhindern. 2.700 ÖsterreicherInnen wurden als aktive WiderstandskämpferInnen zum Tode verurteilt. Über 16.000 kamen in den KZs um, davon fast 2.000 im oberösterreichischen Mauthausen. Den, gemessen an ihrer Größe, höchsten Blutzoll leisteten die KommunistInnen und Kommunisten.

Mit der Unterstützung Stalins wurde 1945 die zweite Republik unter dem Anschlußbefürworter Renner gegründet. Ausdrückliches erklärtes Ziel der Sowjetunion war es, „nicht die Gesellschaftsordnung“ zu verändern. Aus dem "antifaschistischen Grundkonsens" scherte die ÖVP schnell aus. Die ÖVP forderte bereits 1945 die Wiederezulassung ehemaliger NSDAP-Mitglieder zu Wahlen. 1948 wurde mit dem Minderbelastetengesetz die Entnazifizierung defacto abgeschlossen.

Der Kampf gegen die "rote Gefahr" und das Buhlen um die Stimmen der „Ehemaligen“ rückte für SPÖ/ÖVP in den Mittelpunkt. Von 13.000 nach dem Kriegsverbrechergesetz Verurteilten befanden sich bei Abschluß des Staatsvertrages 1955 gerade noch 14 in Haft. Für KZ-Schergen wurden Pensionen und Entschädigungen gezahlt. Demgegenüber kam niemand auf die Idee die 120.000 vertriebenen JüdInnen wieder in die Heimat zu bitten. Ganze Opfergruppen sind bis heute von jeglicher Entschädigung ausgeschlossen. Im Staatsvertrag wurde die Klausel von der österreichischen Mitschuld gestrichen.

Februar 1934: Wie hätte der Faschismus verhindert werden können?

aus Vorwärts Nr. 135 / Februar 2004, von Laura Raffetseder, SLP Wien-Mitte

Am 12. Februar 2004 jährt sich zum 70. Mal die Machtergreifung des Faschismus in Österreich. Bundesheer, Polizei und faschistische Milizen - die Heimwehren - schossen damals auf Gemeindebauten, Standgerichte verhängten hunderte Todesurteile gegen Linke und GewerkschaftsaktivistInnen. Alle selbständigen Organisationen der ArbeiterInnenbewegung wurden verboten. Wenige Wochen später, proklamierte das Regime eine neue Verfassung, die Österreich zum autoritären, faschistischen Führerstaat auf christlicher Grundlage erklärte. Die großen politischen Profiteure der damaligen Ereignisse waren die Nationalsozialisten, die sich in den Jahren des Austrofaschismus endgültig durchsetzen konnten. Dennoch: In den Februartagen leistete erstmals in der Geschichte jemand bewaffnet Widerstand gegen den Faschismus. Hunderte ArbeiterInnen und Jugendliche, SozialistInnen und KommunistInnen, wehrten sich gegen die Kanonen und Maschinengewehre der Regierung.

Im Österreich der 20er und 30er Jahre existierte weder der lange Wirtschaftsaufschwung, noch das System der Sozialpartnerschaft, welches die 2. Republik nach 1945 lange prägte. Kapitalistische Krise, soziales Elend, aber auch Klassenkampf und Widerstand gehörten zum Alltag der österreichischer ArbeiterInnen und Jugendlichen in den Jahren vor 1934. Seit 1918 saß dem Bürgertum vor allem der Schock der revolutionären Ereignisse am Ende des ersten Weltkriegs in den Gliedern. Tatsächlich hatte 1918/19 die österreichische ArbeiterInnenbewegung den Schlüssel zur internationalen, sozialistischen Revolution in der Hand gehabt.

Revolutionäre Welle und das große Versprechen der Sozialdemokratie

1917 siegte in Russland die Oktoberrevolution. Dieses Ereignis beendete in der Folge nicht nur den Weltkrieg, sondern erschütterte ganz Europa. Linke Massenflügel in den traditionellen sozialdemokratischen Organisationen, neue sozialistische und kommunistische Parteien waren Ausdruck einer Radikalisierung der ArbeiterInnenbewegung. Die Frage der Beseitigung des Kapitalismus und der sozialistischen Revolution stand nun nicht länger nur in den Programmen der ArbeiterInnenparteien, sondern tatsächlich auf der Tagesordnung. In Bayern und in Ungarn bildeten sich - nach russischem Vorbild - Räterepubliken. In Italien besetzten die ArbeiterInnen ihre Fabriken. Auch in Österreich führten bereits 1918 die Streikbewegungen zum Ende der Monarchie und zur Bildung einer landesweiten Rätebewegung. Doch der Kapitalismus überlebte diese Entwicklung - in Österreich wie im übrigen Europa mit Ausnahme Rußlands. Die österreichische Sozialdemokratie (SDAP) spielte eine zwiespältige Rolle im damaligen Prozess. Sie arbeitete als Regierungspartei 1918-1920 gemeinsam mit den bürgerlichen Kräften gegen die

österreichische und internationale Revolution. Gleichzeitig gelang es vor allem dem linken Flügel der SDAP um Friedrich Adler und Otto Bauer durch wortradikales Auftreten die Bildung einer neuen, kommunistischen Massenpartei zu verhindern. Immer wieder wurde auf die erreichten Errungenschaften verwiesen, welche die Bourgeoisie in der revolutionären Krise 1918/19 zugestanden hatte. Die Parteiführer der SDAP versprachen ihren GenossInnen, dass dies erst der Anfang gewesen wäre und in den kommenden Jahren schrittweise der Sozialismus umgesetzt werden würde.

Beseitigung des revolutionären Schutts

Achtstundentag, Sozialgesetzgebung, Arbeitsschutzbestimmungen, selbst die parlamentarische Republik wurden von Beginn an von der bürgerlichen Kräften als Produkte einer Zeit des Chaos und der Erschütterung ihrer Macht verstanden. Im Gegensatz zu den Versprechungen der Sozialdemokratie "die parlamentarische Hülle mit sozialistischem Inhalt" zu füllen, geriet die ArbeiterInnenbewegung nach dem Abebben der revolutionären Welle politisch in die Defensive. Ab 1920 wurde Österreich von einem Block rechter Parteien regiert, deren führende Kraft die Christlich Soziale Partei (CSP) war. Lediglich das "rote Wien" entwickelte sich mit seinem damals vorbildlichen Wohnbau, Sozialeinrichtungen, Schulreformen und umverteilenden kommunalen Steuern zum Gegenmodell. Vor allem in den Zeiten der tiefen ökonomischen Krise Ende der 20er Jahre wurde Wien zur großen Hoffnung von Millionen ArbeiterInnen im ganzen Land. Erneut versprach die Sozialdemokratie durch die langsame Umsetzung dieses Modells in ganz Österreich, der kapitalistischen Sackgasse entkommen zu können. 1929 waren 718.000 Personen Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, in Wien sogar mehr als ein Drittel der wahlberechtigten Wohnbevölkerung! Die Partei kontrollierte alle wichtigen Gewerkschaften, aber auch andere Massenorganisationen (Frauen, Jugend, Kulturvereine ...) und verfügte über eine eigene bewaffnete Formation mit 60.000 Mann - den Republikanischen Schutzbund. Die staatliche Macht und das Privateigentum an Produktionsmitteln wurde allerdings von dieser Gegenmacht zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Frage gestellt. Die hochtrabenden Pläne zur Vergesellschaftung blieben in den Schubladen und waren für die Führer der SDAP keine Anleitung zum politischen Handeln. Trotzdem: Alleine das Vorhandensein dieser gewaltigen Bewegung wurde - ebenso wie die Existenz des "roten Wiens" - von maßgeblichen Teilen der Bourgeoisie und ihren Vertretern zunehmend als unerträgliche Bedrohung empfunden. Die Forderung nach der endgültigen Beseitigung "des revolutionären Schutts" hatte 1924 bereits der damalige Bundeskanzler, Prälat Seipel (CSP) erhoben. Damals wußte man allerdings noch nicht mit welchen Mittel das geschehen sollte.

Kapitalistische Krise

1929 kennzeichnete der Börsenkrach in New York den Beginn der tiefsten Wirtschaftskrise in der Geschichte des Kapitalismus. Für weite Teile der österreichischen

Bevölkerung waren schon vorher die "goldenen 20er Jahre" ein unbekanntes Wesen geblieben. Die österreichische Wirtschaft litt seit 1918 unter einer hartnäckigen Strukturkrise. Zu keinem Zeitpunkt sank die Arbeitslosigkeit unter 8 Prozent. Bereits in den fünf Jahren vor dem Krach der Credit Anstalt (CA) 1931, gingen in der österreichischen Industrie 150.000 Jobs verloren. Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich - ähnlich wie in Deutschland - besonders fatal aus. 1933 waren schließlich offiziell (!) 557.000 (26 %) Arbeitslose gemeldet - wovon allerdings nur mehr 60 Prozent staatliche Unterstützung erhielten. Trotz der Masse an völlig Mittellosen - den "Ausgesteuerten" - stiegen die Aufwendungen des Staates weiter. Alleine für Zahlungen an Arbeitslose musste bereits ein Viertel aller staatlichen Ausgaben verwendet werden! Schon diese Zahl weist auf die völlige Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit hin unter den gegebenen Rahmenbedingungen die Krise überwinden zu können. Gleichzeitig forderten maßgebliche Wirtschafts- und Regierungskreise immer drängender umfassende Sanierungsschritte.

Krise der ArbeiterInnenbewegung

Im Jänner 1927 wurden bei einem Schutzbundaufmarsch im burgenländischen Schattendorf ein Invalide und ein Kind von rechtsgerichteten Frontkämpfern erschossen. Als das bürgerliche Gericht die Mörder im Juli desselben Jahres freisprachen, kam es zu spontanen Streiks und einer Massendemonstration vor dem Justizpalast. Die Sozialdemokratische Parteiführung rief zur Mäßigung auf - das Ergebnis war totales Chaos und ein Fiasko für die gesamte ArbeiterInnenbewegung. Als der Justizpalast schließlich in Flammen aufging, gaben Regierung und Polizeipräsident den Schießbefehl: 85 Tote und 600 Verletzte. Diese einschneidende Niederlage war das Vorspiel für die weitere Entwicklung. Das im SDAP-Parteiprogramm von 1926 proklamierten Versprechungen, nötigenfalls zum Mittel der Diktatur des Proletariats zu greifen, hatten sich als zahnlos erwiesen. Unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise, verschlechterten sich nun auch die allgemeinen Kampfbedingungen der ArbeiterInnenklasse dramatisch: Die Anzahl der Arbeitskämpfe sank zwischen 1928 und 1932 um 87 Prozent. Im selben Zeitraum gingen die Mitgliedszahlen der freien Gewerkschaften - nicht zuletzt durch die Arbeitslosigkeit - um rund 200.000 Mitglieder zurück. Die politische und zunehmend strukturelle Krise der ArbeiterInnenbewegung, aber auch die internationale Entwicklung ermutigte die Bourgeoisie auch in Österreich auf "neue Methoden" zu setzen.

Die faschistische Bedrohung im Europa der 20er und 30er Jahre

Die Entstehung und Durchsetzung von rechtsextremen Massenbewegungen - beginnend mit dem italienischen Faschismus 1922 - war ein neues, internationales Phänomenen im Europa der 20er und 30er Jahren. Trotz unterschiedlicher Ausformung, Stärke und Betonung "nationaler" Unterschiede in den verschiedenen Ländern traten die Parallelen und die gegenseitige Inspiration dieser Bewegungen und Regime deutlich her-

vor. Dementsprechend verwendeten SozialistInnen bereits damals "Faschismus" als gemeinsamen Begriff für Bewegungen deren Ursprung in den reaktionärsten Teilen der Gesellschaft - z.B. in den Kasten der Offiziere und Unteroffiziere - lagen. Als "Alternative" zum modernen Kapitalismus boten diese Strömungen ein "Zurück" zur angeblichen Harmonie der Vergangenheit an. Die Volksgemeinschaft der Germanen, oder der mittelalterliche Ständestaat, sollten vor allem durch die Ausschaltung aller, die als "Fremdkörper" galten und durch die hierarchische Organisation der Gesellschaft hergestellt werden. Ob italienischer Faschismus, Nationalsozialismus oder die Heimwehren: Ihre "Programme" und Beschwörungen strotzten nur so von Begriffen wie Volk, Rasse und Heimat, vom Wunsch nach dem starkem Staat und vor allem auch dem Versprechen den "volksfremden" oder jüdischen Marxismus auszuschalten. Attraktiv waren diese Bewegungen zunächst für jene Teile der Gesellschaft, die sich durch die allgemeine Entwicklung zunehmend an den Rand gedrängt fühlten: Durch die Krise ruinierte Kleinbürger, aber auch Arbeitslose und Jugendliche. Viele von jenen, denen die traditionelle ArbeiterInnenbewegung weder eine soziale Heimat, noch Antworten auf ihre wirtschaftliche und politische Perspektivlosigkeit bot, wurden zu "Kämpfern" dieser Bewegungen. Der Faschismus gab ihnen wenigstens ein bisschen Geld für's Marschieren, oder auch nur eine Uniform und versprach denen, die sich ihm anschließen würden, zur künftigen Elite der Gesellschaft zu gehören. Leo Trotzki beschrieb den Faschismus in diesem Sinne zurecht als eine Fäulniserscheinung des Kapitalismus. Entscheidend war allerdings, dass die Bourgeoisie sich wegen der Schärfe der wirtschaftlichen Krise sich praktisch gezwungen sah, auf die faschistische Karte setzte. Diese "Koalition" zwischen alten Eliten und neuer Bewegung gegen die ArbeiterInnenklasse und ihre Organisationen, erwies sich als Vorbedingung jeder faschistischen Machtergreifung. Umgekehrt sagte Trotzki, dass die Machtergreifung des Faschismus nur der unabhängige Widerstand der ArbeiterInnenklasse - und kein Bündnis mit bürgerlichen Kräften - verhindern könne. Das Ausmaß und die Schärfe der faschistischen Gefahr in Europa wurde lange Zeit von den verantwortlichen PolitikerInnen der ArbeiterInnenbewegung maßlos unterschätzt. Auch in Österreich blickte die Führung der Sozialdemokratie wie gelähmt auf die faschistische Gefahr.

Wer waren die österreichischen Faschisten

An der Wiege der faschistischen Bewegung(en) in Österreich standen vor allem lokale Wehrverbände, aber auch kleinere - primär antisemitische - Gruppen. Führend war vor allem die im Raum Wien tätige Frontkämpfervereinigung von Oberst Hitl und dem später zentralen Heimwehrfunktionär Major Fey. Sie betonte 1920: "Ausgeschlossen blieben nur Drückeberger (...) östliche Fremdlinge, weil der seinem Volk und Vaterland treue Frontkämpfer zur Erkenntnis gelangt war, dass die östliche Räteherrschaft alles andere, nur nicht die Interessen des arischen Volkes zu vertreten imstande sei." Gleichzeitig sah man sich "auf dem Boden des gläubigen Christentums". Trotz dieser gemeinsamen historischen Wurzeln formierten sich in der Folge zwei Massenbewegungen der extre-

men Rechten in Österreich: Die austrofaschistischen Heimwehren und der Nationalsozialismus. Die spätere Rivalität beider Bewegungen bestand nicht die darin, dass die Austrofaschisten den Antisemitismus der Nazis rundweg ablehnten. Den antisemitischen Wiener Ex-Bürgermeister Wiens, Karl Lueger, betrachteten z.B. beide Strömungen mit Bewunderung. Es kristallisierten sich vielmehr unterschiedliche strategische Vorstellungen, bzw. gegensätzliche Machtansprüche zwischen der Führung der Heimwehren und den von aus Berlin instruierten Nazis heraus. Maßgebliche Kreise des Austrofaschismus setzten lange Zeit auf die Unterstützung durch Mussolini und ein Bündnis mit dem faschistischen Italien, die Nazis hingegen auf den Anschluss an ein nationalsozialistisches Deutschland. Gleichzeitig bestanden Querverbindungen zwischen beiden Lagern weiter. Das wesentliche Merkmal der austrofaschistischen Bewegung war vor allem ihre relative Schwäche und mangelnde Geschlossenheit. Zur Zeit ihrer größten Ausdehnung - 1929 - verwiesen die Heimwehren, Heimatschutzorganisationen (...) in ihrer Gesamtheit auf maximal 300.000 unterstützende Mitglieder. Selbst in dieser Zeit bestand die wesentliche Rolle und Gemeinsamkeit dieser buntscheckigen Szene, provokative Aufmärsche und Zusammenstöße mit der Sozialdemokratie herbeizuführen und die Regierung zu radikaleren Maßnahmen gegen den Marxismus zu drängen. 1930 erfolgte ein wichtiger Radikalisierungsschritt: Mit dem sogenannten "Korneuburger Eid" forderte die Heimwehren die sofortige Errichtung eines faschistischen Systems in Österreich und setzten damit kurzfristig auf eine stärkere eigenständige Entwicklung als bisher. Bei den folgenden Wahlen im November drückten dann allerdings lediglich 6,2 Prozent Stimmanteil für den "Heimatblock" aus, dass diese Formationen ihren eigentlichen Höhepunkt bereits überschritten hatten. 1931 scheiterte schließlich ein abenteuerlicher Putschversuch des Heimwehrführers Pfrimer kläglich. 1932 einigten sich die Christlichsoziale Partei unter Engelbert Dollfuß und die Heimwehren mit Graf Starhemberg und Major Fey an der Spitze auf ein Bündnis, dessen fragiles Kräfteverhältnis durch die "ostmärkischen Sturmsharen" des späteren Bundeskanzlers Kurt Schuschnigg ergänzt wurde. Damit war die entscheidende Koalition der faschistischen Machtergreifung geschmiedet worden.

Auf dem Weg zum Ständestaat

Am 4. März 1933 nutzte Dollfuß einen Zwischenfall im Parlament um das Parlament vollständig auszuschalten. Gestützt auf das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz konnte die Dollfußregierung nun ohne Parlament Notverordnungen erlassen. Die Sozialdemokratische Führung leistet keinen aktiven Widerstand. Am 16. März 1933 wird der republikanische Schutzbund verboten. Auch der Aufmarsch am 1. Mai wird mittels Notverordnung untersagt. Die Dollfußregierung verhängte ein Streikverbot, verbot die KP und verschlechterte die Arbeitszeitbestimmungen und kürzte die Arbeitslosenunterstützung. Das rote Wien sollte zunächst finanziell ausgehungert werden. Immer deutlicher kündigten Regierung und Heimwehren nun an, bald auch die verbliebenen Reste des Marxismus zu beseitigen. Vor allem im Bereich des

Sicherheitsapparat nahmen Heimwehrfunktionäre entscheidende Funktionen ein: Major Fey wurde bereits 1932 zum zuständigen Staatssekretär ernannt. Entsprechend steigerten sich die Willkürakte der Behörden gegen die ArbeiterInnenbewegung.

Februarkämpfe 1934

Am 12. 2. 1934 wurden alle Parteiheime der SDAP auf Waffenlager untersucht. Als die Heimwehr im Linzer Hotel Schiff offiziell nach Waffen fahndete, leistete der Schutzbund bewaffneten Widerstand. In der Folge kam es - endlich - zu bewaffneten Aufständen von Teilen des Schutzbundes in Wien, Steyr, Graz,... Mit wenigen Ausnahmen beteiligten sich die hohen Funktionäre der SDAP nicht an diesem heldenhaften Kampf der österreichischen ArbeiterInnenschaft. Der Widerstand des Schutzbundes scheiterte u.a. daran, dass es keine zentrale Koordination und keinen Aufstandsplan gab. Viele kampfbereite ArbeiterInnen wussten nicht, wo die Waffenlager waren und jene FührerInnen die es wussten beteiligten sich nicht bzw. begaben sich in einigen Fällen sogar freiwillig in Schutzhaft. Mit Hilfe des Bundesheeres wurden die Gemeindewohnungen mit schwerer Artillerie beschossen. Der Widerstand der ArbeiterInnenschaft wurde von den Faschisten brutal niedergeschlagen. Auf Seiten des Schutzbundes gab es 137 Tote und 319 Verletzte. Für politische Gegner hatte Dollfuß schon davor Anhaltelager errichten lassen.

Der Ständestaat und sein Scheitern

Trotz der Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung, dem Abbau staatlicher Leistungen und sozialer Rechte - bereits in den ersten Monaten brachen die Unternehmer hunderte Kollektivverträge - konnte der Austrofaschismus die in ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllen. Selbst eine kurzfristige ökonomische Stabilisierung blieb aus, das Heer der Arbeitslosen verringerte sich kaum. Große Teile der ArbeiterInnenklasse warteten - frustriert von den Ereignissen und eingeschüchtert vom Terror - die Entwicklung ab. Trotzdem existierten relativ starke, illegale Strukturen der ArbeiterInnenbewegung weiter. Teile der Klasse radikalisierten sich nach 1934 sogar und suchten nach revolutionären Alternativen zu Faschismus und Kapitalismus. Die Kommunistische Partei Österreichs entwickelte sich erstmals zu einem relativ bedeutenden Faktor, auch die Sozialdemokraten nannten sich nun "Revolutionäre Sozialisten". Umgekehrt scheiterte - vor allem unter den ArbeiterInnen - der Versuch des Regimes Massenunterstützung zu bekommen. Der neugeschaffene "Einheitsgewerkschaftsbund" erreichte - trotz des enormen Drucks beizutreten - kaum mehr als die Hälfte der Mitgliedszahlen der freien Gewerkschaften vor 1934. In Betrieben wo es möglich war Vertrauenspersonen zu wählen, erlitten bekannte Repräsentanten des Regimes schwere Niederlagen.

Der Vormarsch des Nationalsozialismus

Ab 1930 begann als eine Folge der fortgesetzten Zurückdrängung der

ArbeiterInnenbewegung der Vormarsch des Nationalsozialismus in Österreich. 1933 wurde die NSdAP zwar formal verboten, trotzdem bedeutete der 12. Februar 1934 einen enormen Auftrieb für die Nazis. Bereits im Juli 1934 wagten sie den Aufstand, in dessen Zusammenhang Bundeskanzler Dollfuß ermordet wurde. Verhindert wurde damals der Anschluss an Nazideutschland aber nicht durch das Heldentum der österreichischen Regierung, sondern durch die gegenseitigen Ansprüche von Deutschland und Italien um den Einfluss in Mitteleuropa. Mussolini drohte Hitler sogar mit Krieg für den Fall eines "Anschlusses". Ab 1935 änderten sich Italiens außenpolitische Ambitionen - die Achse Rom-Berlin wurde geschmiedet. Der "Widerstand" des Austrofaschismus endete spätestens 1936 als Berlin und Wien besondere Beziehungen vereinbarten, Vertreter des nationalen Lagers in die österreichische Regierung aufgenommen wurde und Österreich fortan als "zweiter deutscher Staat" galt. Im März 1938 marschierten die Nazis schließlich ohne Gegenwehr der Regierung, "beschützt" von österreichischen Polizisten mit Hakenkreuzsarmbinden und unter dem Jubel von Hunderttausenden Menschen in Österreich ein.

Wer kämpfte gegen den Faschismus

Vor allem nach 1934 versuchten die Nazis durch die Hetze gegen das angeblich "jüdische Kapital" und seine Helfer und Knechte - die Repräsentanten des Ständestaates - ArbeiterInnen zu gewinnen. Der Austrofaschismus setzte dieser Hetze keine grundsätzliche Ablehnung entgegen. Vielmehr beteuerte man, dass Juden ohnehin keine führenden Funktionen im Staate einnehmen würden. Gegenseitig überbot man sich gleichzeitig in Beschuldigungen dem Marxismus in Wahrheit Vorschub zu leisten. Trotz massiver Bestrebungen blieben die Versuche der Nazis, ArbeiterInnen zu gewinnen nur beschränkt erfolgreich: Vor 1938 wuchs der Anteil von ArbeiterInnen an der NSdAP-Mitgliedschaft von einem Viertel auf ein knappes Drittel. Im Vergleich zum Anteil der ArbeiterInnenklasse an der Gesamtbevölkerung (53 Prozent), blieben ArbeiterInnen damit deutlich unterrepräsentiert. Dort wo die illegale sozialdemokratische und kommunistische Bewegung in Erscheinung trat, zeigte sich, dass sie noch über breite Unterstützung verfügte: 1937 wurde eine an Schuschnigg gerichtete Denkschrift gegen Hitler von 100.000 ArbeiterInnen unterzeichnet. Politisch erwiesen sich diese Appelle der sozialdemokratischen und kommunistischen Führer an den Austrofaschismus allerdings als völlig sinnlos - sie wurden einfach ignoriert. Trotzdem setzte die illegale Sozialdemokratie und die KPÖ noch während der Märztagung 1938 mit der "Floridsdorfer Vertrauensmännerkonferenz" auf einen gemeinsamen Widerstand gegen die Nazis mit den Vertretern des Ständestaates. Doch dessen Repräsentanten und Förderer - vor allem wenn sie glaubten, nichts vom Nationalsozialismus befürchten zu haben - sahen sich bereits mit dem NS-Regime versöhnt. Prominente Führer des Heimatschutzes veröffentlichten am 8.3.1938 einen Aufruf in dem die "Zusammenfassung aller Kräfte zum Kampf gegen die Weltgefahr des Bolschewismus" und die Förderung jeder "Bestrebung zur Aussöhnung mit dem nationalen Lager" begrüßt und gefordert wurde.

Wie hätte das alles verhindert werden können?

Der gemeinsame Feind aller faschistischen Bewegungen ist die ArbeiterInnenbewegung. Deren potentielle Stärke stand im Österreich nach 1918 lange Zeit im dramatischen Gegensatz zur Schwäche der faschistischen Kräfte, bzw. der gesamten herrschenden Klasse, die ihre Herrschaft zu keinem Zeitpunkt wirklich stabilisieren konnte. Selbst den raschen Einmarsch der Nazis 1938 führte der Zeitzeuge Georg Scheuer zu einem wesentlichen Teil auf die Gefahr einer schnellen "Wiederbelebung der Arbeiterbewegung" zurück. Von den wichtigsten Teilen der österreichischen Eliten wurde der "Anschluss" begrüßt, oder zumindest als notwendiges Übel hingenommen. Erst durch den Nationalsozialismus schien die rote Gefahr für die Bourgeoisie endgültig beseitigt zu sein - auch wenn es Zehntausenden JüdInnen, anderen rassistisch "Minderwertigen" und politisch Andersdenkenden das Leben kosten sollte. Doch erst die Niederlagen der ArbeiterInnenbewegung hatten diese Entwicklung ermöglicht. Wie kam es dazu? Zu keinem Zeitpunkt waren vor allem die FührerInnen SDAP bereit, der Gefahr von Rechts konsequent zu begegnen und die gesamte Stärke der Bewegung auszuspielen. Denn das hätte unmittelbar den Kapitalismus in Frage gestellt - und die sozialistische Revolution wollte die Sozialdemokratie nicht. 1918/19 wurde von ihr der Sturz des Kapitalismus verhindert, in der Folge führte das Zurückweichen vor dem Faschismus zu einer ganzen Serie von Niederlagen. Im Widerstand wurde diese defensive Haltung - trotz vieler heldenhafter Aktionen - weitergeführt: Auch die Hoffnung auf Schuschnigg verhinderte 1938 ein letztes Losschlagen gegen den drohenden "Anschluss". Auch wenn es nachträglich keinerlei Garantie gibt, dass eine Massenbewegung von links im März 1938 Hitler letztlich verhindern hätte können - die Voraussetzungen für die schnelle und umfassende Errichtung des NS-Terrorregimes hätten sich wesentlich verschlechtert. Berichte von den letzten Tagen vor dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht zeichnen jedenfalls keineswegs das Bild einer umfassenden "nationalsozialistischen Volkserhebung". Vielmehr kam es noch Stunden vor dem Anschluss auch zur Vertreibung brauner Horden aus den ArbeiterInnenvierteln!

Und heute?

Wenn heute noch ein Dollfuß Bild im ÖVP-Parlamentsklub hängt, droht morgen zwar nicht der Faschismus. Dieses Symbol steht allerdings dafür, dass die Bourgeoisie letztlich zu allem bereit ist um ihre Macht zu erhalten. 70 Jahre nach dem Februar 1934 tritt der Zusammenhang zwischen Sozialabbau und autoritären Maßnahmen deutlich wieder hervor. Das Erbe der Februartkämpfer hochzuhalten, heißt heute aus ihren Erfahrungen zu lernen. Und rechtzeitig gegen Kapitalismus und für eine sozialistische Alternative aktiv zu werden.

Die braunen Flecken nach 1945: Nicht Fehler sondern System

aus Vorwärts 102 / Mai 2000, von John Evers, Chefredakteur des Vorwärts

Am 06.04.2000 - 55 Jahre nach Kriegsende - stellte der neue SPÖ-Vorsitzende Alfred Gusenbauer eine Erklärung zu den „Braunen Flecken“ in der SPÖ vor. Stolz verweist seine Resolution "Klarheit in der Vergangenheit - Basis für die Zukunft" auf die Vorleistungen, die in dieser Frage bereits unter Alt-Bundeskanzler und Ex-Parteivorsitzendem Vranitzky erbracht wurden. Schon dieser - heißt es - traf die "befreiende" Feststellung, dass ÖsterreicherInnen sowohl Opfer als auch Täter waren. Doch warum mußten wir fünf Jahrzehnte auf Vranitzkys und jetzt Gusenbauers Erklärungen warten?

Die Beantwortung dieser Frage ist einfach, aber peinlich: Opfer und vor allem Täter spielen im öffentlichen Leben Österreichs heute nur mehr eine geringe Rolle - viele sind inzwischen verstorben. Das Schielen auf die Stimmen und Stimmung der Kriegsgeneration wird zunehmend unwichtiger. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der einzige gewichtige Protest gegen die Gusenbauer-Erklärung in der SPÖ von Pensionistenchef Karl Blecha zu vernehmen war. Die Arbeitsteilung zwischen Gusenbauers Präsentation und Blechas Protest erfolgte so synchron, dass hinter vorgehaltener Hand sogar von einer Absprache zwischen den beiden Parteifreunden die Rede war.

Wenig Neues aus der SPÖ-Zentrale

Das Papier "Klarheit in der Vergangenheit - Basis für die Zukunft" listet eine Reihe von lange bekannten Fakten auf: Sozialdemokraten die nach 1934 zu Nazis wurden, die Billigung des "Anschlusses 1938" durch den späteren Bundespräsidenten Karl Renner, die fragwürdige Opferthese, der Fall Gross ... Alles in allem besteht die wesentliche "Neuigkeit" dieser Erklärung darin, daß sich erstmals ein SPÖ-Vorsitzender zu diesen Fakten bekennt. Doch damit alleine wird weder "Klarheit in der Vergangenheit" noch eine "Basis für die Zukunft" geschaffen. Ungeklärt bleibt nämlich die Frage, in welchem historischen Rahmen die SPÖ über Jahrzehnte hinweg diese Politik betrieb, sowie wie es um die Auswirkungen und Folgen davon auf Gegenwart und Zukunft bestellt ist.

Entnazifizierung

Selbst auf der Ebene der Aufzählung der braunen Flecken, bleibt die Gusenbauer-Erklärung oft hinter dem Wissensstand zurück, bzw. undeutlich in den Formulierungen: Die Entnazifizierung wird als "unvollkommen" durchgeführt beschrieben. Bereits 1979

wurde demgegenüber in einem vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) herausgegebener Sammelband festgestellt, daß nach 1945 "eine Fundamentalabrechnung mit dem Faschismus ausblieb". 14 Jahre später (1993) wird im Nachfolgewerk des DÖW, dem "Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus", dieser Standpunkt noch deutlicher ausgeführt: Die Entnazifizierung wurde zwar unter Druck der Alliierten begonnen, sie war aber wegen "des Umfangs" und "des ab 1946 wachsenden Unwillens der österreichischen Politiker zum Scheitern verurteilt".

Warum AntifaschistInnen nicht mehr kamen ...

Über die ins Exil geflohenen ÖstereicherInnen heißt es nur, daß sie "nach 1945 nicht in adäquater und angemessener Weise zur Rückkehr nach Österreich eingeladen wurden". Gerade dieser Punkt bildet ein interessantes Kapitel der SPÖ-Nachkriegs-Geschichte: Warum wurden viele SozialdemokratInnen nicht in "angemessener" Weise zur Rückkehr gebeten? An die Schaltstellen der Macht setzten sich 1945 Leute, die im Lande geblieben waren - und oft bereit waren sich mit jeder Macht zu arrangieren. Karl Renner etwa, hatte zwar 1938 - wie schon angeführt - den „Anschluß“ begrüßt.. Umgekehrt stellte es für ihn 1945 kein Problem dar, "dem sehr geehrten Genossen" Stalin "ergeben" mitzuteilen, daß das "Vertrauen der österreichischen Arbeiterklasse in die Sowjetunion grenzenlos geworden" sei. Renner wurde der erste Regierungschef. Die Angst dieser „Frühdagewesenen" - wie Renner und der spätere SPÖ-Parteivorsitzende Adolf Schärf - "vor den Späterkommenden" war "sehr merklich" (so Oscar Pollak, Chefredakteur des SPÖ-Organs AZ). Verbunden mit dieser Angst war eine wesentliche politische Komponente: Die ideologische Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken in der SPÖ. Letztere verstanden sich in der Tradition der "Revolutionären Sozialisten" (Bezeichnung der illegalen Sozialdemokratie nach 1934), oder zumindest des linken austromarxistischen Theoretikers Otto Bauer. Sie traten für ein deutliches klassenkämpferisches Profil der Partei und gegen die "Koalitionsgesinnung" ein. Der Großteil jener, die unter der faschistischen Diktatur gezwungen waren, das Land zu verlassen, verstand sich als "links", oder wurde zumindest einer solchen Gesinnung verdächtigt. Kein Wunder, daß Leute wie Renner und Schärf - die schon in der Ersten Republik am rechten Flügel der SP gestanden waren - kein Interesse an der Rückkehr dieser Menschen hatten: "Im Augenblick sieht es für Eure Rückkehr nicht vielversprechend aus" (Renner an Karl Heinz Sailer). Der Antifaschist Otto Leichter schrieb über einen Brief von Adolf Schärf zu dieser Frage: Juden können zurückkommen, "sie werden sich aber durchaus unwohl fühlen" (...) "Aber Nichtjuden, die weggegangen sind - so fügte Genosse Schärf ausdrücklich hinzu - mit denen sind wir fertig".

Der Feind steht links

In einem Punkt spricht die Erklärung sehr klar die Wahrheit aus: Relativ kurze Zeit nach dem Krieg" war die "Auseinandersetzung mit dem aktuellen Kommunismus und

Stalinismus wichtiger (...), als die Auseinandersetzung mit dem überwundenem Regime des Nationalsozialismus". Der damalige SPÖ-Vorsitzende Schärf brachte es 1946 noch besser auf jenen Punkt, der die enge Zusammenarbeit mit der ÖVP und das spätere Buhlen um die ehemaligen Nazis nach 1945 rechtfertigte: "Der Feind steht links". Die Durchsetzung dieser Linie ist nicht zu trennen von dem bereits angedeuteten Richtungsstreit zwischen Rechten und Linken in der SPÖ nach 1945. Die Parteilinke - die für eine konsequente Entnazifizierung eintrat - schitterte letztlich 1947/48 in die totale Niederlage. In einer Säuberungsaktion wurden ihre führenden ExponentInnen ausgeschlossen und verleumdet, in einem Fall - jenem der Nationalrätin Hilde Krones - sogar in den Selbstmord getrieben. Bei der Hexenjagd gegen Linke wurden alte Feindbilder der Nazis bemüht: Innenminister Helmer sprach 1947 von "eingeschleusten Ausländern", die aus dem Osten kämen, um in Österreich Unruhe zu stiften. Parallel dazu verlief die Öffnung gegenüber den "Ehemaligen", die 1949 erstmals wählen durften.

Die SPÖ und der VdU/FPÖ

Über die Rolle der SPÖ-Spitze bei der Gründung der FPÖ-Vorläuferorganisation Verband der Unabhängigen (VdU) heißt es in der Gusenbauer-Erklärung: Es habe eine "positive Haltung einzelner Mitglieder der SPÖ-Führung zur Gründung" des VdU gegeben, die "nicht nur mit demokratischer Uneigennützigkeit zu tun hatte". Doch worin bestanden dann die Gründe für die positive Haltung der einzelnen Mitglieder der SPÖ-Führung zum VdU? Während die ÖVP auf die Integration der Ehemaligen, durch die Aufnahme hoher Nazi-Funktionäre in die Spitzengremien setzte, strebte die SPÖ-Führung die Gründung einer eigenen Partei für diese Leute an. Der VdU war als eigene politische Kraft des "3.Lagers" konzipiert, das sich auf die deutschnationalen Traditionen der Zwischenkriegszeit berief und gleichzeitig aus den alten Nazis rekrutierte. Die SPÖ-Führung wollte mit dieser Strategie das bürgerliche Lager spalten, um so die damalige Mehrheit der ÖVP langfristig zu brechen. Dem erstmaligen Antreten des VdU im Jahre 1949 gingen - so der SPÖ-Historiker Stadler - intensive Kontakte und "Hilfeleistungen (!)" - durch die SPÖ bevor. Jene Teile der SPÖ, die sogar die Integration des VdU in eine künftige Regierung anstrebten, konnten sich allerdings nicht durchsetzen. Die Strategie der SPÖ-Führung führte damals nicht einmal kurzfristig "zum Erfolg": Der VdU erhielt bei den Wahlen (1949) 16 Mandate, sowohl ÖVP wie SPÖ verloren 8 Mandate. Die Gründung und das Antreten des VdU war für die österreichische Nachkriegsgeschichte von zentraler Bedeutung: Mit der Kandidatur einer rechtsextremen Kraft, nur vier Jahre nach dem Sturz des Faschismus, kann die kritische Auseinandersetzung mit dem NS-Erbe als abgeschlossen betrachtet werden. Der sogenannte antifaschistische Nachkriegskonsens war einem antikommunistischen Konsens zwischen SPÖ, ÖVP und VdU gewichen. Darüber hinaus fand seit damals der Rechtsextremismus in Österreich in der VdU und ihrer Nachfolgerin der FPÖ ein Sammlungs und Rekrutierungsfeld. Mehrere Male in der Geschichte der 2.Republik sorgte die SPÖ-Spitze nicht nur für die

Integration der FPÖ ins politische System, sondern auch für deren politisches Überleben: 1962 stand die FPÖ vor dem finanziellen Ende - der SPÖ-Verbindungsmann Franz Olah ließ ihr 1 Million aus Gewerkschaftsgeldern zukommen. 1970 einigte sich die SPÖ unter Kreisky mit der FPÖ auf eine Wahlrechtsreform die den Freiheitlichen langfristigen Verbleib im Parlament sicherten. Nur diese beiden Beispiele zeigen, welche Verantwortung die SPÖ-Spitze dafür trägt, daß Haider in der FPÖ jene Fundamente vorfand, auf denen er seinen Siegeszug aufbauen konnte.

Antikommunistischer Burgfriede statt Antifaschismus

Die Schachzüge der SPÖ nach 1945 sind nicht auf Fehler einzelner PolitikerInnen zurückzuführen. Einer der Führer der SPÖ-Linken, Zentralsekretär Scharf, formulierte 1945 die Alternativen für die Partei: "Burgfrieden" oder "Klassenkampf". Der Burgfrieden mit der österreichischen und internationalen Bourgeoisie setzte sich - im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit - klar als Parteilinie durch. Nur im Zusammenhang mit diesem "Burgfrieden" und der Festigung des österreichischen Kapitalismus nach 1945, sind die "braunen Flecken" der SPÖ zu verstehen. Der Opfermythos als ideologische Grundlage für die Wiederentstehung der österreichischen Nation, ist nicht zu trennen von der Integration der Ehemaligen. Denn wenn alle ÖsterreicherInnen Opfer des NS-Regimes waren, kann es keine Täter gegeben haben. Die Ablöse der (angekündigten) Entnazifizierung, durch die Ausgrenzung aller die links standen - und als KommunistInnen denunziert wurden - ist eng mit der Errichtung der Sozialpartnerschaft verknüpft.

Der Fall Omofuma?

Die Schwäche der nach 1945 isolierten Linken gepaart mit dem fast völligen Fehlen von gewerkschaftlichen Mobilisierungen - wie Streiks - in Österreich ist ein Merkmal der Nachkriegsgeschichte, das bis heute wirkt. Das Fehlen eines effizienten "Drucks von Links" bedeutete unter anderem eine relativ breite Betätigungsmöglichkeit für rechtsextreme und neonazistische Kräfte. Gleichzeitig erlaubte es der SPÖ-Führung und einzelnen SPÖ-Funktionären - bei Bedarf - ungeniert auf den rechten Rand und dessen Parolen zurückgreifen zu können. SPÖ-Minister mit NS-Vergangenheit stellten keinen Tabubruch dar, der massiven Widerstand hervorrief. Ebenso wenig wie die Tatsache, daß die SPÖ 1983 zum ersten Mal in der Geschichte die FPÖ in die Regierung holte. Diese Koalition wurde immerhin vom "Handsschlagskandal" des damaligen Verteidigungsminister Frischenschlager (FPÖ) mit dem Kriegsverbrecher Reder begleitet. Neben der Ignoranz gegenüber solchen symbolischen Fragen ist rechter Populismus durchaus auch ein Fixstern in der SPÖ-Politik nach 1945: Die diskriminierende Politik der SPÖ-Kärnten gegenüber der slowenischen Minderheit ist dafür ebenso ein Beispiel, wie die bis heute offene Debatte um die "braunen Flecken rund um den Welser (Ex-)Bürgermeister Bregartner (SPÖ). An diese Traditionen knüpfte letztlich auch die neue AusländerInnen-

gesetzgebung unter Löschnak und Schlögl an. Reder, Bregartner, SPÖ-Kärnten und schließlich auch der Fall Omofuma - all das findet keine Erwähnung und Erklärung im Gusenbauer-Papier.

Die Verantwortung für Haider's Aufstieg

Die Rolle der SPÖ-Spitze für die Entstehung und die spätere Festigung der FPÖ ist nur ein Aspekt, den es im Zusammenhang mit Haider's Aufstieg zu beachten gilt. Der zweite wesentliche Punkt für den Höhenflug der FPÖ ab 1986 ist der Wandlungsprozess der SPÖ unter Vranitzky und später Klima. Die SPÖ vollzog als Regierungspartei ab Anfang/Mitte der 80er Jahre federführend die neoliberale Wende in Österreich: Privatisierungen, Sozialabbau, der EU-Beitritt und zwei massive Sparpakete in den 90er Jahren drücken diese Wende aus. Die Gusenbauer Erklärung spricht korrekt im Zusammenhang mit den historischen Voraussetzungen für den Aufstieg des Nationalsozialismus von einer "ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Krise" in der Zwischenkriegszeit. Doch wie sieht es mit der Verantwortung der SPÖ-Spitze für den Aufstieg der FPÖ aus? Die neoliberale Wende der SPÖ-Führung bedeutete große soziale Probleme für breite Bevölkerungsteile und eine tiefe politische Krise für die SPÖ und die österreichische ArbeiterInnenbewegung. Betroffen von den Maßnahmen der sozialdemokratisch geführten Regierung waren vor allem das Industrieproletariat durch Massenentlassungen, sowie ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache im Allgemeinen - also die traditionellen Mitglieder und WählerInnenbasis der SPÖ. Diese Basis lief der SPÖ in Scharen davon: Die Mitgliederzahlen fielen von 700.000 (1986) auf unter 400.000 heute. Der Wandlungsprozeß der SPÖ zu einer neoliberalen, bürgerlichen Partei war die wesentliche Basis für Haider's Aufstieg. Die FPÖ nahm ihre Chance geschickt wahr und füllte mit ihrem Populismus teilweise das Vakuum, das ihr die SPÖ hinterlassen hatte.

Welchen Kampf gegen die FPÖ brauchen wir?

Schon Ex-Kanzler Franz Vranitzky versuchten die "Spin-Doktoren" als Anti-Haider hochzustilisieren. Gusenbauer ist daran gelegen, diesen Kurs fortzusetzen, und das WählerInnenpotential, das gegen Blau-Schwarz aktiv ist, für die SPÖ anzusprechen. Antifaschismus und Vergangenheitsaufarbeitung als Neupositionierung sind natürlich nichts Verwerfliches - auch wenn das taktische Kalkül bei der jetzigen Erklärung durchsichtig ist. Doch für welchen Kampf gegen Rechts stehen Vranitzky und jetzt Gusenbauer? Die Resolution erwähnt gleich zu Beginn - korrekt - die große Tradition der Sozialdemokratie im Zusammenhang mit dem Kampf gegen Faschismus und Krieg. Doch die beiden Eckpfeiler dieser Tradition - der bewaffnete Aufstand gegen den austrofaschistischen Putsch 1934 und die Untergrundarbeit der Revolutionären Sozialisten - bleiben unerwähnt. Das ist kein Zufall! Die meisten TeilnehmerInnen am Februaraufstand zogen aus den Ereignissen von 1934 den Schluß, daß jedes

Zurückweichen gegen die Reaktion falsch gewesen war. Der Aufruf zu aktiven Streiks - und letztlich zum Generalstreik - gegen die rechte Gefahr hätte schon viel früher stattfinden müssen, um weitere Angriffe zu verhindern und die Regierung zu stürzen. Die illegalen Revolutionären Sozialisten standen - im Geiste dieser Erfahrung - programmatisch weit links und traten für die unmittelbare Verknüpfung des antifaschistischen Kampfes mit der sozialistischen Revolution ein. Historisch und programmatisch hat die Gusenbauer-SPÖ mit diesen - antifaschistischen - Traditionen nichts mehr am Hut: Niemand denkt in der SPÖ-Spitze daran, zu versuchen, die blau-schwarze Rechtsregierung durch Streiks zu stürzen. Der neue Antifaschismus der SPÖ beschränkt sich im Wesentlichen auf die - eigentlich selbstverständliche - Kritik an den NS-Verbrechen und am langjährigen Umgang damit. Die SPÖ-Spitze scheut, entgegen der Ankündigung im Papier, die offene Auseinandersetzung mit Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit. Sie tut nichts für die Mobilisierung gegen diese Regierung und ihr Programm. Kein Wunder - wurden doch große Teile dieses Programms vom geplatzten Koalitionspakt zwischen SPÖ und ÖVP abgeschrieben. Nicht einmal das Symbol Karl Schlögl - immerhin Befürworter einer Zusammenarbeit mit der FPÖ - wurde abgesetzt. So ist nicht einmal ausgeschlossen, dass rechtspopulistische Töne auch unter Gusenbauer ertönen werden. Eines ist jedenfalls sicher: Der neoliberale Kurs, der Haider großgemacht hat, wird nicht aufgegeben. Die SPÖ will sich letztlich als die staatstragende Alternative positionieren, die diesen Kurs besser - weil eben ohne Haider-rülpser - umsetzen kann. Um die kämpferischen, antifaschistischen Traditionen der Sozialdemokratie wird sich eine künftige neue sozialistische ArbeiterInnenpartei annehmen müssen.

Warten bis zum Sanktnimmerleinstag

aus Vorwärts 102 / Mai 2000, von Pia Abel, SLP Wien-Mitte

Arisierungen und Zwangsarbeit waren die wichtigsten Stützpfeiler der Kriegswirtschaft sowie der Sozial- und Beschäftigungspolitik des Dritten Reiches. Alleine 1944 wurden über sieben Millionen ZwangsarbeiterInnen in der deutschen Produktion eingesetzt. Während deutsche und österreichische Konzerne bis heute von den Leistungen dieser Menschen und der durch sie erwirtschafteten Gewinne profitieren, warten die Betroffenen immer noch auf Entschädigungen.

Die austrofaschistische Diktatur war unfähig gewesen, die Auswirkungen der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise in den Griff zu bekommen: Massenarbeitslosigkeit prägte die Zeit von 1934 bis 1938. Die beispiellose Rüstungskonjunktur in NS-Deutschland - zwischen 1933 und 1938 wurden die öffentlichen Investitionen in die Wehrmacht mehr als verzwanzigfacht - setzte nach dem "Anschluss" auch in Österreich ein. Mit großem Propagandaaufwand wurden Großprojekte wie Autobahnbau, Kraftwerksbauten und die Errichtung der Hermann -Göring-Werke in Linz begonnen. Bereits vor der "Volksabstimmung" waren die ersten großen Rüstungsaufträge vergeben worden. Mit einem Schlag wurde so nicht nur die Arbeitslosigkeit beseitigt, sondern auch ein erheblicher Arbeitskräftemangel herbeigeführt. Allein 1938 nahm die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Österreich um 180 000 zu. Der Krieg erhöhte den Bedarf an Arbeitskräften dramatisch. Vor allem die besetzten Gebiete in Osteuropa - für die die Nazis Kolonisierung, Versklavung und Vernichtung großer Teile der Bevölkerung aus "rassischen Gründen" vorsahen - wurden zum (Zwangs-) Rekrutierungsfeld für die deutsche Wirtschaft. Die österreichische Wirtschaft war in diese Prozesse voll integriert: Die österreichischen Schlüsselindustrien übernahmen 1938 deutsche Großkonzerne wie IG- Farben, Krupp und Henschel. Die wichtigste Form der "Eigentumsumschichtung" betraf jenen Bevölkerungsteil, der als jüdisch galt: Zunächst spontan begonnene Pogrome der österreichischen Bevölkerung gegen Jüdinnen und Juden leiteten die "wild- den", später die "organisierten" Arisierungen ein. Insgesamt wurde die österreichische Wirtschaft von 1938 bis 1945 von rund 1 Million ZwangsarbeiterInnen auf und ausgebaut.

Hunderte Milliarden vorenthalten

Österreich ging nach dem zweiten Weltkrieg nicht nur auf Kosten der eingesetzten Konzentrationslagerhäftlinge und ZwangsarbeiterInnen industrialisiert hervor. Die NS-Politik bedeutete eine massive Vermögensverschiebung, sowohl in Österreich selbst wie auch in den von den Nazis besetzten und ausgebeuteten Gebieten und den von dort transferierten Gütern. Berechnungen über die geleistete Arbeit und den materiell erfassbaren erlittenen Schaden der ZwangsarbeiterInnen würde unglaubliche Schadenersatz-

summen zu Tage bringen: Ariel Muszicant (Isrealitische Kultusgemeinden) schätzt den Wert des nicht rückerstatteten jüdischen Vermögens in einer Größenordnung von 200 Milliarden ein. Von der offiziellen österreichischer Seite wurde all das konsequent ignoriert. Die Rückstellung des jüdischen Vermögens fand nur bedingt statt: Vor allem die Rechtsgeschäfte mit staatlichen Transaktionspartnern (sprich Zwangsverkäufe) und die bei allen Verkäufen jüdischen Vermögens eingehobenen, extrem hohen Steuern (Reichsfluchtsteuer und sogenannte Sühneleistung) - sind vernachlässigt worden. Weder die Erträge aus diesen Unternehmen, noch der durch die Notsituation und den Massenverkauf erzielte extrem niedrige Kaufpreis - ganz zu schweigen von Zinsen und Zinseszinsen - wurden berücksichtigt. Nach 1945 wurden keine entsprechenden gesetzlichen Regeln geschaffen, um diese "Geschäfte" auf zivilrechtlicher Ebene einklagen zu können. Darüber hinaus zeigte der österreichische Staat weder in der Rückstellungsfrage noch in der Entschädigungsfrage den politischen Willen, sich der in der NS Zeit entstandenen ökonomischen Bereicherung zu stellen.

Die Sache in die Länge ziehen

"Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen" - das ist die bezeichnende Äußerung des österreichischen Innenministers Helmer (SPÖ) über die Entschädigung der Jüdinnen und Juden. In dieser Frage herrschte Konsens zwischen den Partnern der Nachkriegskoalition ÖVP und SPÖ. Die Grundlage für diese Haltung ist die Geschichtslüge "Österreich war das erste Opfer Nazideutschlands". Das "Vergessen" auf die Frage nach den österreichischen Tätern, bedeutete nicht nur ein rasches Ende der sogenannten Entnazifizierung. Auch der Punkt der ökonomischen Bereicherung der Konzerne an den Opfern blieb dadurch bis heute ausgeblendet. Die nationale Identität Österreichs wurde zu einem guten Teil auf dem Rücken dieser Opfer aufgebaut.

Täter und Opfer

Mehr als eine Million Österreicher waren in die Wehrmacht eingezogen worden oder hatten sich zur SS gemeldet. Viele davon - wie der ehemalige Bundespräsident Waldheim nahmen, direkt oder indirekt, am Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und den Wehrmachtsverbrechen am Balkan teil.

Nahezu 700 000 waren Mitglieder der NSDAP. Österreicher wie Ernst Kaltenbrunner oder Adolf Eichmann waren an zentralen Stellen der NS-Vernichtungsmaschinerie eingesetzt. Demgegenüber standen mehr als 60 000 österreichische jüdische Opfer, etwa 11 000 Sinti und Roma, zehntausende Opfer von Euthanasie. Etwa 25 000 ÖsterreicherInnen wurden als politische RegimegegnerInnen ermordet. Der organisierte und militärische Widerstand war nur marginal, die meisten Hingerichteten waren Opfer des weitverbreiteten Denuziantentums -es reichte vor allem gegen Ende des Krieges oftmals ein politischer Witz oder Abhören eines fremdländischen Senders. In breiten Teilen der österreichischen Bevölkerung wurde die Entnazifizierung nicht als

notwendiger Prozess gesehen, sondern als Strafe der Sieger. Als 1947 ein neues Entnazifizierungsgesetz verabschiedet wurde, das nunmehr zwischen "belasteten" Nationalsozialisten und sogenannten "Mitläufern" unterscheiden sollte, stimmten diesem Gesetz nur 14% der Befragten zu, 24% lehnten es ab, 44% äußerten keine Meinung. 1948 forderten im Rahmen einer Befragung zur Amnestie für sogenannte "Minderbelastete" in den US-Zonen Wiens und Linz 25% eine Generalamnestie für alle ehemaligen Nazis - in Salzburg waren es 33%. Vor allem nach 1949 hatten weder SPÖ noch ÖVP die Intention an diesem dramatischen Zustand des Bewusstseins der Bevölkerung etwas zu ändern - im Gegenteil, von beiden Parteien begann eine notorische Reinwaschung der als Wählerpotential geschätzten "Ehemaligen".

Mit Schlips, Kragen und Stiefel

Was ist Faschismus und wie wir ihn bekämpfen

aus Vorwärts 142 / Dezember 2004/Jänner 2005,
von Albert Kropf, Margarita Döller und Franz Breier jun., SLP Wien

Faschismus ist heute ein Begriff, der teilweise sehr inflationär verwendet wird. So scheuen radikale Tierschützer nicht davor zurück, Massentierhaltung und das Schlachten von Tieren aus reinen Profitgründen (z.B. für Luxuspelze) mit dem Holocaust gleichzusetzen.

Österreich im Jahr 2000: Haider gleich Hitler?

Auch durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ vor 4 Jahren wurden ähnliche Fragen diskutiert: Der SLP wurde zum Beispiel Verharmlosung vorgeworfen, als sie meinte, dass die FPÖ zwar rechtsextrem und gefährlich sei, aber "Haider" eine andere Form und Qualität der Bedrohung als "Hitler" darstellt. Die Entwicklung der FPÖ und die Massenproteste gegen die Regierung haben inzwischen bewiesen, dass es sich im Jahr 2000 nicht einfach um einen faschistischen Coup handelte. Ein solcher liefe nämlich (historisch gesehen) immer auf die nachhaltige und physische Zerstörung von Protestbewegungen und Gewerkschaften hinaus. Auch in der Geschichte gab es Fragen der Einschätzungen von Parteien und Regierungen: Als falsch hat sich immer wieder erwiesen, einfach Alles, das sich undemokratisch und/oder rassistisch gebärdet, als "faschistisch" zu bezeichnen. Konkret haben oberflächliche Analysen linke Bewegungen in den 70er Jahren in den Untergrund, Individualterrorismus und die totale Isolation geführt.

Wichtigkeit der Analyse

Wie wir schon an den Beispielen gesehen haben, hat eine politische Analyse auch immer sehr konkrete Schlussfolgerungen und Auswirkungen. Dabei verhält es sich ähnlich wie bei einer Krankheit. Je besser man sie beschreiben kann bzw. kennt, desto leichter und effektiver kann sie bekämpft werden. Wird hingegen falsch diagnostiziert und behandelt, kann sich die Krankheit noch weiter ausbreiten. Es können auch noch weitere Komplikationen durch die falsche Behandlung hinzukommen.

Unterschiedliche Erklärungsansätze

Genauso alt wie der Faschismus selbst sind auch die Auseinandersetzungen um seine Definition. In der Zeit unmittelbar nach dem Krieg gab es kaum Zweifel an der engen

Verbindung zwischen Kapitalismus und dem Entstehen von Faschismus. Das betraf nicht nur die wissenschaftliche Forschung und die Einschätzungen der ArbeiterInnenparteien, die sich schon in den 20er und 30er Jahren auf diesen Punkt konzentrierten. Aufgrund der gerade erst zurückliegenden Erfahrungen, lehnte sogar die CDU (Schwesterpartei der ÖVP in Deutschland) in ihrem Wirtschaftsprogramm von 1947 den Kapitalismus als unzulänglich ab: "Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein." Während die Zeitgeschichte heute immer genauere Details über die Verbrechen des NS-Regimes, die Verquickung von Banken und Konzernen in Zwangsarbeit und KZ-System, etc. hervorbringt, herrscht bei den Erklärungsansätzen inzwischen der – konservative oder neoliberale – Zeitgeist der heutigen Eliten vor.

Faschismus als Phänomen der Zeit?

Einer der ersten, der versucht hat den, "Konsens" einer antikapitalistisch beeinflussten Faschismusanalyse nachhaltig zu durchbrechen, war ein gewisser Ernst Nolte. Er sieht den Faschismus als ein "Phänomen" dieser Zeit, das sich deshalb in dieser Form nicht wiederholen kann – wozu also eine weitere Beschäftigung damit? Nolte behauptet, der Faschismus sei eine unmittelbare Reaktion auf die "rote Gefahr" gewesen – und wiederholt damit die Propagandalüge aller faschistischen Bewegungen, nämlich das "Vaterland" oder Europa vor der direkten Bedrohung des "Bolschewismus" gerettet zu haben. Unterschwellig wird damit die Schuld am faschistischen Massenmord auf die (revolutionäre) ArbeiterInnenbewegung abgewälzt. Tatsächlich war Faschismus nirgends die unmittelbare Reaktion auf eine sozialistische Revolution, sondern konnte sich nur dort durchsetzen, wo die ArbeiterInnenbewegung zuvor eine Kette von schweren Niederlagen erlitten hatte. Historisch gesehen war die ArbeiterInnenbewegung vielmehr die einzige soziale und politische Kraft, welche die faschistische Gefahr hätte aufhalten können. Gerade das österreichische Beispiel einer lange Zeit kampfbereiten ArbeiterInnenbewegung, die von ihrer sozialdemokratischen Führung von Niederlage zu Niederlage geführt wurde, zeigt diese Entwicklungslinie deutlich. Auch erst nachdem der Austrofaschismus die ArbeiterInnenparteien und Gewerkschaften 1934 zerstört hatte, konnten die Nazis in Österreich echten und schließlich sogar überdurchschnittlichen Masseneinfluss gewinnen. Die ArbeiterInnenbewegung als "Schutzwall" gegen die rechte Gefahr ist aus unserer Sicht allerdings nicht nur eine historische Frage. Sie bleibt auch heute ungebrochen aktuell.

Führerkult und Massenwahn

Fast banal sind Erklärungsversuche, die das Phänomen Faschismus auf Führerkult und Massenwahn reduzieren. Verkürzt hieße das in etwa Folgendes: der charismatische "Führer" der faschistischen Bewegung schafft es durch Redekunst und sein gewinnbrin-

gendes Auftreten, die Bevölkerung in seinen Bann zu ziehen. Einer der wesentlichsten Vertreter dieser Richtung ist der Historiker Joachim Fest, dessen Hitler-Biographie lange Zeit als Standardwerk in der Geschichtswissenschaft galt. Letztlich ist es ein Versuch, die Massenbasis für die Verbrechen des Faschismus – losgelöst von sozialen und politischen Triebkräften - zu erklären und auch zu entschuldigen. Was noch bei Mussolini oder Hitler im Ansatz auf den ersten Blick zu funktionieren scheint, zeigt sich aber z.B. haltlos bei der Betrachtung des Austrofaschismus. Weder Dollfuß noch Schuschnigg waren charismatische Persönlichkeiten, die breite Massen der Bevölkerung “verzaubert” hätten. Und das obwohl die ÖVP bis heute bemüht ist, aus ihnen beiden “patriotische Märtyrer” zu machen. Gerade zu skurril wirkt die Behauptung von den “charismatischen Führern” auch bei Anblick der jämmerlichen Figuren, die ehemalige faschistische Spitzenfunktionäre darstellten, wenn sie entmachtet vor Gericht auftreten mussten.

Totalitarismus-Theorie

Ursprünglich in den 30er Jahren entwickelt, fand dieser Ansatz seine größte Ausdehnung erst nach dem 2. Weltkrieg. Im Grunde besagt diese Theorie, dass Faschismus und Stalinismus nur zwei unterschiedliche Seiten ein und derselben Medaille wären – wobei in den Stalinismus meist die gesamte Geschichte des Marxismus und Bolschewismus gleich mitinkliert wird. Als Beleg dafür werden Parallelen der Machtausübung – vor allem des Terrors - in Deutschland und in der Sowjetunion der 30er und 40er Jahre angeführt. Die Liste der Totalitarismusexperten reicht dabei von liberal, sozialdemokratisch bis rechtskonservativ. Historisch fand diese Theorie großen Zulauf von Intellektuellen die vorher unkritisch dem Stalinismus zugejubelt hatten. Nach 1989 wiederholte sich dieses Phänomen in abgeschwächter Form erneut: Die Universitäten und Redaktionen bürgerlicher Medien weisen heute einen hohen Anteil von in diesem Sinne geläuterten “Kommunisten” auf. Die wesentliche Schwäche der Totalitarismustheorie ist ihre Oberflächlichkeit: Beachtung finden – losgelöst vom historischen Prozess – nur Fragen wie das Fehlen einer parlamentarischen Demokratie und die Brutalität der unmittelbaren politischen Machtausübung. Wenig bis keine Beachtung findet aber das dem jeweils “totalitärem” System zu Grunde liegende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, ebenso wie Fragen z.B. struktureller sozialer Gewalt durch Eigentumsverhältnisse, die Hunger und Ausbeutung bedeuten. Die Konsequenz des Totalitarismus-Ansatzes ist letztlich einfach: Wer die liberale Marktwirtschaft und ihre politischen Institutionen in Frage stellt, ist totalitär.

Der marxistische Ansatz

Die Faschismusanalyse des russischen Revolutionärs Leo Trotzki setzt bei der Frage “Wie hätte der Faschismus verhindert werden können” bei den Entwicklungen unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg an. Die Revolution in Russland und ihre internationalen Auswirkungen bedeuteten einen gewaltigen Schub nach links in Europa: Sturz von

Monarchien, Sozialreformen, Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung standen auf der Tagesordnung. Das Konzept der europäischen Sozialdemokratie, auf einen demokratischen Konsens mit dem Kapital und anderen gesellschaftlichen Eliten zu hoffen, erweist sich als trügerisch. Schon früh werden Pläne diskutiert, wie der "revolutionäre Schutt" wieder beseitigt werden könnte. Zur selben Zeit beginnen rechte Vereinigungen – oft ehemaliger Offiziere und anderer Elemente, die sich durch die "neue Zeit" deklassiert und durch die "Roten" bedroht fühlen – Ideen zur "Neuordnung" der Gesellschaft zu formulieren.

Krise

Ende der 20er Jahre bricht die Vorstellung des friedlichen Hinüberwachsens in eine neue Gesellschaft zusammen. Der Kapitalismus versagt nach einer kurzen Boomphase, Massenarbeitslosigkeit und soziales Elend erreichte eine bis dato unbekannt Dimension. Auch die Herrschenden suchten aufgrund der schlechten Verwertungsbedingungen des Kapitals (in ihrer Sicht zu hohe Löhne, Rohstoffe und mangelnde Absatzmärkte) zunehmend eine radikale Lösung. Gewerkschaften und ArbeiterInnenbewegung werden zu Feinden der Nation hochstilisiert und gerieten zunehmend in die Defensive, nicht zuletzt, weil sie der Krise keine eigenen Konzepte entgegenstellen können.

Massenbasis

Erst an diesem Punkt setzt die eigentliche historische Rolle des Faschismus ein. Unter den Bedingungen von Krise und Defensive der ArbeiterInnenbewegung war es bereits dem italienischen Faschismus gelungen, Anfang der 20er Jahre die Macht auf Basis einer Massenbewegung zu übernehmen. Noch diesem Modell entwickeln sich nun auch Bewegungen in anderen Staaten. Die NSDAP in Deutschland gewinnt ab 1929 binnen drei Jahren Millionen – von vom sozialen Abstieg bedrohte – KleinbürgerInnen, aber auch Langzeitarbeitslose und Teile der deutschen Eliten, die sich nach einstiger Größe sehnen. Erst durch diese neue Breite – die Nazis sind schlagartig 1932 zur stärksten Partei geworden - wird diese Bewegung für die Herrschenden interessant. Sie schafft es nicht nur durch Antisemitismus und Rassismus, Millionen in ihre Reihen zu integrieren. Der in der SA zusammengefasste "menschliche Staub" der Gesellschaft (Trotzki), war vor allem eine Schlägertruppe, die ihren angeblichen "Antikapitalismus" an Juden und anderen "Minderwertigen" ausließ und gleichzeitig half, ArbeiterInnenversammlungen zu sprengen und durch Gewalttaten gegen diese Angst und Schrecken zu verbreiten. Die Nazis wurden dadurch für die Bourgeoisie zu einer echten Option um das – aus ihrer Sicht – Hauptproblem der damaligen Zeit zu lösen: Die organisierte ArbeiterInnenbewegung, deren bloße Existenz sie nicht mehr akzeptieren wollte. Die ArbeiterInnenklasse selbst widersetzte sich – solange ihre Organisationen legal waren –

aus diesem Grund auch am längsten und heftigsten dem faschistischen Einfluss: Bei den letzten freien Betriebsratswahlen in Deutschland erreichten die Nazis gerade 3%!

Wie hätte der Faschismus verhindert werden können

Was dem Antifaschismus historisch fehlte, war eine klare Strategie und Taktik gegenüber der faschistischen Gefahr und die Bereitschaft der Spitzen der ArbeiterInnenorganisationen eine Alternative zu seinen Wurzeln – dem kapitalistischen System – durchzusetzen. In Deutschland marschierten die Massenparteien KPD und SPD getrennt, im spanischen Bürgerkrieg verspielte die republikanische Regierung durch die Rücknahme von Sozialisierungsmaßnahmen die fast unumschränkte Unterstützung der arbeitenden Bevölkerung. Auch in Österreich und Italien verabsäumte man viel zu lange, der mobilen Taktik der Faschisten mit tatsächlicher Konfrontation gegenüber zu treten und gleichzeitig die Machtfrage aufzuwerfen.

Leo Trotzki schlug demgegenüber die gemeinsame Mobilisierung von Anhängern aller ArbeiterInnenmassenparteien vor. Er forderte eine vom Staat unabhängige Organisation in demokratischen Strukturen zur gemeinsamen Verteidigung. Politisch sei eine Offensive der ArbeiterInnenbewegung gegen den Faschismus notwendig, anstatt auf den demokratischen Grundkonsens mit den etablierten politischen Kräften zu hoffen bzw. zu warten. Vor allem von den Kräften in der Bewegung, die sich als marxistisch verstehen, forderte Trotzki gleichzeitig ein, für eine sozialistische Alternative einzutreten, um dem Kampf gegen Rechts eine konkrete Perspektive vor dem Hintergrund der kapitalistischen Krise zu geben. Wie aktuell diese Fragen sind zeigen jüngste Beispiele: Nach den Wahlerfolgen der Rechten in Ostdeutschland, haben alle anderen Parteien (von CDU bis PDS) aus Protest die Diskussionsrunde im Fernsehen verlassen, als die Kandidaten der NPD und DVU zu Wort kamen. Die "linke" PDS hat nicht versucht diesen Kräften das Wort zu verbieten, sondern schweigend – wie alle anderen Parteien – das Feld geräumt. Unsere deutsche Schwesterpartei (SAV) ging bei den Mobilisierungen gegen Hartz IV den anderen Weg, indem sie – gemeinsam mit Anderen – Nazis mit einem Fußtritt aus den Demonstrationen warf.

Faschismus – Eine Definition

aus Vorwärts 98 / November 1999

Faschismus ist die Bezeichnung für eine Herrschaftsform im Kapitalismus. Faschismus stellt zwar in gewisser Weise einen Sammelbegriff dar, unter dem verschiedene Ausformungen – z.B. Nationalsozialismus, Ständestaat, italienischer Faschismus, Franco-Regime (...) – zusammengefasst werden. Die marxistische Analyse geht allerdings von gemeinsamen (!) Ursachen und Wesenszügen als bestimmende Faktoren für die Erklärung aus. Faschismus ist kein „einmaliges“ Phänomen, das nur in den 20er und 30er Jahren auftreten konnte.

Doch die faschistischen Bewegungen brauch(t)en bestimmte Voraussetzungen und Entwicklungen, um sich zu formieren und letztlich siegen zu können. Der russische Marxist Leo Trotzki hat sie Anfang der 30er Jahre zusammengefasst – schwere wirtschaftlich-soziale Krise, gesellschaftliche Polarisierung und fortdauernde Unfähigkeit der ArbeiterInnenbewegung, einen sozialistischen Ausweg zu erkämpfen: „Der Faschismus (ist) jedesmal das letzte Glied eines besonderen politischen Zyklus, der aus folgenden Momenten besteht: Krise der kapitalistischen Gesellschaft – steigende Radikalisierung der ArbeiterInnenklasse und Verlangen nach Veränderung beim ländlichen und städtischen Kleinbürgertum – äußerste Verwirrung auf Seiten der Großbourgeoisie, welche mit feigen und betrügerischen Methoden darauf aus ist, den revolutionären Siedepunkt zu vermeiden – Erschöpfung des Proletariats, zunehmende Verzweiflung und Indifferenz – Verschärfung der sozialen Krise – Verzweiflung des Kleinbürgertums, seine Bereitschaft an Wunder zu glauben, seine Bereitschaft zu Gewaltmaßnahmen – anwachsende Feindseligkeit gegenüber dem Proletariat, welches die kleinbürgerlichen Erwartungen enttäuscht hat. Das sind die raschen Voraussetzungen für die Formierung einer faschistischen Partei und deren Sieg.“

Die „historische Mission“ des Faschismus bestand in der Ausschaltung der ArbeiterInnenbewegung – aber nicht nur darin. Der Faschismus war als Massenbewegung in der Lage, diese Ausschaltung und totale Zersplitterung über eine ganze Periode aufrecht zu erhalten. Darin lag aus Sicht der Bourgeoisie sein Vorzug, aber auch gleichzeitig sein Risikopotential. Vor allem war nicht abzusehen, was geschehen würde, wenn das faschistische System in die Krise gerät – also seine Massenbasis verliert. Andererseits betraf die politische Herrschaft des „faschistischen Pöbels“ Bereiche, die weit über jene der ArbeiterInnenbewegung hinausreichten: Letztlich wurden auch Entscheidungskompetenzen des einzelnen Unternehmers und von ganzen Kapitalgruppen eingeschränkt. Das bedeutet nicht, dass der Faschismus keine Herrschaftsform des Kapitals ist: Im Gegenteil, der Faschismus faßte in geradezu reiner Form die Interessen der gesamten herrschenden Klasse zusammen: Neue Märkte durch Expansion, Vernichtung der Gewerkschaften, Abschaffung von Sozialreformen, Versklavung, ... Die ideologische Legitimation dieser Schritte geschah durch

„Volksgemeinschaft“, Rassismus und Antisemitismus – mit der Konsequenz der tödlichen Dynamik, an deren Endpunkt Rassenkrieg und Holocaust standen.

Faschismus heute?

Der Faschismus ist also keine beliebig anwendbare Herrschaftsform des Kapitals: Faschistische Massenbewegungen sind Produkte einer bestimmten ökonomischen, sozialen und politischen Situation. Die faschistische Diktatur stellt das letzte Mittel des Kapitals zur Herrschaftssicherung in einem gewissen Entwicklungszyklus der von Revolution und Konterrevolution geprägt ist, dar. Es existieren heute in Europa weder die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen für Faschismus, noch eine faschistische Massenbewegung. Selbst jene Parteien, die über eine faschistische Tradition und einen faschistischen Kern/Flügel verfügen (wie etwa der Front National oder die italienische AN) sind gezwungen, diese Elemente zu zügeln und rechten Populismus à la FPÖ zum bestimmenden Teil ihrer Politik zu machen. Offen faschistische Organisationen sind heute (noch) relativ kleine Terrortruppen. Das bedeutet nicht, dass aus bestehenden faschistischen und rechtsextremen Parteien in Zukunft keine faschistischen Massenbewegungen werden können. Doch solche Bruchlinien sind derzeit nicht abzusehen.

Rechtsextremismus – Eine Definition

aus Vorwärts Nr. 98 / November 1999

Rechtsextremismus ist ein Sammelbegriff : Als rechtsextrem können jene Organisationen bezeichnet werden, auf deren Positionen die aufgelisteten „Orientierungspunkte“ in der Tendenz zutreffen. Dazu gehören die Konzeption der Volksgemeinschaft als angebliches Gegenstück zur Globalisierung und „multikulturellen Gesellschaft“, Leistungsgesellschaft („nur der Starke überlebt“), Rassismus und extremer Nationalismus (als Antwort z.B auf wachsende EU-Ablehnung), der Ruf nach dem „starken Staat“, Ausgrenzung von sogenannten Randgruppen (Homosexuelle, Wehrdienstverweigerer ...) und Hetze gegen „Außenseiter“ die sich nicht in die Volksgemeinschaft eingliedern, sowie vor allem auch Antisozialismus und Antigewerkschafts-Hetze. diese Punkte treffen auf die Inhalte und Positionen der FPÖ zu. Sie ist eine rechtsextreme Partei.

Keine geschlossene Ideologie

„Rechtsextremismus“ ist in gewisser Weise ein offener Begriff und keine in sich geschlossene Ideologie. Es gibt deshalb auch kein „rechtsextremes System“, oder einen rechtsextremen Staat, sondern nur eine rechtsextreme Politik. „Rechtsextremismus“ ist auch nicht mit einer bestimmten Organisationsform verknüpft, sondern schließt ein relativ breites Spektrum politischer Organisationen mit ein. In der Zwischenkriegszeit etwa existierten in Deutschland und Österreich eine Vielzahl rechtsextremer Parteien und Organisationen: Dazu gehörten die faschistischen Heimwehren und die NSDAP samt ihren Wehrverbänden ebenso, wie etwa die Deutschnationale Volkspartei (DNVP) in Deutschland, oder Teile der Christlichsozialen Partei in Österreich.

Gemeinsamkeiten

Trotz dieser Breite, gibt es auch hier Gemeinsamkeiten: Die autoritäre Struktur dieser Organisationen, die Abhängigkeit vom Kapital, bzw. einzelnen Kapitalgruppen und ein Mitglieder und Wählerspektrum, welches nicht in die organisierte (!) ArbeiterInnenklasse hineinreicht. Rechtsextreme Organisationen mit Massenunterstützung rekrutieren zumindest wesentliche Teile ihrer Basis aus Schichten die vom sozialen Abstieg betroffen oder bedroht sind. Der Rechtsextremismus im Europa der 80er und 90er Jahre, trat – trotz unterschiedlicher historischer Wurzeln der jeweiligen Ansatzpunkte – in Form von „modernen“ rechtspopulistischen Parteien auf. Das Aufkommen dieser Parteien war eine Reaktion auf die Zerschlagung des Sozialstaats, die Krise des traditionellen politischen Systems und seiner Institutionen, sowie der Schwäche der ArbeiterInnenbewegung.

Unterschiede zum Faschismus

Der Begriff „Rechtsextremismus“ schließt faschistische Organisationen mit ein: Jede faschistische Partei ist auch rechtsextrem, doch nicht jede rechtsextreme Kraft ist automatisch faschistisch. Faschismus ist eine klar umrissene Herrschaftsform im Kapitalismus. Eine faschistische Partei strebt die gewaltsame Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung, ihrer Institutionen, der Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie („Rechtsstaat“, Parlamentarismus ...) und die militärische, sowie hierarchische Organisierung der gesamten Gesellschaft an.

Portrait des Nationalsozialismus

von Lev Davidowitsch Trotzki, erschienen in: »Die Neue Weltbühne«, 13. Juli 1933

Naive Leute glauben, die Königswürde stecke im König selbst, in seinem Hermelinmantel und in der Krone, in seinem Fleisch und Bein. Aber die Königswürde ist ein Verhältnis zwischen Menschen. Der König ist nur darum König, weil sich in seiner Person die Interessen und Vorurteile von Millionen Menschen widerspiegeln. Wenn dieses Verhältnis vom Strom der Ereignisse weggespült wird, erweist sich der König bloß als ein verbrauchter Herr mit herabhängender Unterlippe. Davon dürfte, aus frischen Erlebnissen, jener erzählen können, der sich einst Alfons XIII. nannte.

Der Unterschied zwischen dem Führer von Gottes und dem von Volkes Gnaden ist der, daß dieser darauf angewiesen ist, sich selbst den Weg zu bahnen oder wenigstens den Umständen zu helfen, ihn zu entdecken. Aber jeder Führer ist immer ein Verhältnis zwischen Menschen, ein individuelles Angebot auf eine kollektive Nachfrage. Die Erörterungen über die Persönlichkeit Hitlers sind um so hitziger, je mehr man das Geheimnis seines Erfolges in ihm selbst sucht. Doch ist es schwer, eine andere politische Gestalt zu finden, die in einem solchen Maße Knoten unpersönlicher geschichtlicher Kräfte wäre. Nicht jeder erbitterte Kleinbürger könnte ein Hitler werden, aber ein Stückchen Hitler steckt in jedem von ihnen.

Das rasche Wachstum des deutschen Kapitalismus vor dem Kriege bedeutete bei weitem nicht die einfache Aufreihung der Mittelklassen; während er einzelne Schichten des Kleinbürgertums zugrunderichtete, schuf er wieder neue: Handwerker und Krämer um die großen Betriebe herum, Techniker und Angestellte in den Betrieben. Aber während sie sich zahlenmäßig hielten - das alte und das neue Kleinbürgertum umfaßt nicht viel weniger als die Hälfte des deutschen Volkes -, büßten die Mittelklassen den letzten Schatten von Selbständigkeit ein: sie lebten am Rande der Schwerindustrie und des Bankensystems, sie aßen die Brosamen vom Tisch der Kartelle, sie lebten von den geistigen Almosen ihrer alten Theoretiker und Politiker.

Die Kriegsniederlage verbaute dem deutschen Imperialismus den Weg. Die äußere Dynamik verwandelte sich in die innere, der Krieg ging in die Revolution über. Die Sozialdemokratie, die den Hohenzollern geholfen hatte, den Krieg bis zum tragischen Ende zu führen, verbot dem Proletariat, nun seinerseits die Revolution bis zum Ende zu führen. Vierzehn Jahre vergingen unter beständigen Entschuldigungen der Weimarer Demokratie für ihr eigenes Dasein. Die Kommunistische Partei rief die Arbeiter zu einer neuen Revolution, erwies sich aber als unfähig, sie zu führen. Die deutschen Arbeiter gingen durch die Siege und Zusammenbrüche des Krieges, der Revolution, des Parlamentarismus und des Pseudobolschewismus. Während die alten bürgerlichen Parteien sich restlos verausgabten, war zugleich die Bewegungskraft der Arbeiter gebrochen.

Das Nachkriegschaos traf die Handwerker, Krämer und Angestellten nicht weniger hef-

tig als die Arbeiter. Die Landwirtschaftskrise richtete die Bauern zugrunde. Der Verfall der Mittelschichten konnte nicht ihre Proletarisierung bedeuten, da ja im Proletariat selbst ein riesiges Heer chronisch Arbeitsloser entstand. Die Pauperisierung der Mittelschichten - mit Mühe durch Halstuch und Strümpfe aus Kunstseide verhüllt - fraß allen offiziellen Glauben und vor allem die Lehren vom demokratischen Parlamentarismus.

Die Vielzahl der Parteien, das kalte Fieber der Wahlen, der fortwährende Wechsel der Ministerien komplizierten die soziale Krise durch das Kaleidoskop unfruchtbarer politischer Kombinationen. In der durch Krieg, Niederlage, Reparationen, Inflation, Ruhrbesetzung, Krise, Not und Erbitterung überhitzten Atmosphäre erhob sich das Kleinbürgertum gegen alle alten Parteien, die es betrogen hatten. Die schweren Frustrationen der Kleineigentümer, die aus dem Bankrott nicht herauskamen, ihrer studierten Söhne ohne Stellung und Klienten, ihrer Töchter ohne Aussteuer und Freier, verlangten nach Ordnung und nach einer eisernen Hand.

Die Fahne des Nationalsozialismus wurde erhoben von der unteren und mittleren Offiziersschicht des alten Heeres. Die ordengeschmückten Offiziere und Unteroffiziere konnten nicht darin einwilligen, daß ihr Heroismus und ihre Leiden nicht allein fürs Vaterland umsonst hingegeben sein, sondern auch ihnen selbst keine besonderen Rechte auf Dank gebracht haben sollten; daher stammt ihr Haß gegen die Revolution und das Proletariat. Sie waren unzufrieden damit, daß die Bankiers, Fabrikanten, Minister sie wieder in die bescheidenen Stellungen von Buchhaltern, Ingenieuren, Postbeamten und Volksschullehrern schickten - daher ihr "Sozialismus". An der Yser und vor Verdun hatten sie gelernt, sich und andere aufs Spiel zu setzen und im Kommandoton zu reden, was dem kleinen Mann im Hinterland mächtig imponierte. So wurden diese Leute Führer.

Zu Beginn seiner politischen Laufbahn zeichnete sich Hitler vielleicht nur durch größeres Temperament, eine lautere Stimme und selbstsichere geistige Beschränktheit aus. Er brachte in die Bewegung keinerlei fertiges Programm mit - wenn man den Rachedurst des gekränkten Soldaten nicht zählt. Hitler begann mit Verwünschungen und Klagen über die Versailler Bedingungen, über das teure Leben, über das Fehlen des Respekts vor dem verdienten Unteroffizier, über das Treiben der Bankiers und Journalisten mosaikartigen Bekenntnisses. Heruntergekommene, Verarmte, Leute mit Schrammen und frischen blauen Flecken fanden sich genug. Jeder von ihnen wollte mit der Faust auf den Tisch hauen. Hitler verstand das besser als die anderen. Zwar wußte er nicht, wie der Not beizukommen sei. Aber seine Anklagen klangen bald wie Befehl, bald wie Gebet, gerichtet an das ungnädige Schicksal. Todgeweihte Klassen werden - ähnlich hoffnungslosen Kranken - nicht müde, ihre Klagen zu variieren und Tröstungen anzuhören. Alle Reden Hitlers sind auf diesen Ton gestimmt. Sentimentale Formlosigkeiten, Mangel an Disziplin des Denkens, Unwissenheit bei buntscheckiger Belesenheit - all diese Minus verwandelten sich in ein Plus. Sie gaben ihm die Möglichkeit, im Bettelsack "Nationalsozialismus" alle Formen der Unzufriedenheit zu vereinen und die Masse dorthin zu führen, wohin sie ihn stieß. Von den eigenen Improvisationen des Beginns blieb im Gedächtnis des Agitators nur das haften, was Billigung fand. Seine politische

Gedanken waren die Frucht der rhetorischen Akustik. So ging die Auswahl der Losungen vonstatten. So verdichtete sich das Programm. So bildete sich aus dem Rohstoff der "Führer".

Mussolini war von Anfang an der sozialen Materie bewußter als Hitler, dem der Polizeimystizismus eines Metternich näher ist als die politische Algebra Machiavellis. Mussolini ist geistig verwegener und zynischer. Als Beweis dürfte genügen, daß der römische Atheist sich der Religion lediglich bedient wie der Polizei oder der Justiz, während sein Berliner Kollege wirklich an die Unfehlbarkeit der römischen Kirche glaubt. In jener Zeit, als der heutige Diktator Italiens Marx noch für "unser aller unsterblichen Meister" hielt, verteidigte er nicht ohne Geschick die Theorie, die im Leben der heutigen Gesellschaft vor allem das Gegeneinanderwirken zweier grundlegender Klassen sieht: der Bourgeoisie und des Proletariats. Allerdings, schrieb Mussolini im Jahre 1914, liegen zwischen ihnen sehr zahlreiche Mittelschichten, die sozusagen das "einigende Gewebe der menschlichen Kollektive" bilden, aber "in einer Krisenperiode werden die Mittelschichten ihren Interessen und Ideen gemäß angezogen von der einen oder der anderen der beiden Hauptklassen". Eine sehr wichtige Verallgemeinerung! Wie die wissenschaftliche Medizin ihre Adepten sowohl mit der Möglichkeit ausrüstet, einen Kranken zu heilen, als auch mit jener, auf kürzestem Wege einen Gesunden ins Grab zu legen, so hat die wissenschaftliche Analyse der Klassenbeziehungen - die von ihrem Urheber zur Mobilisierung des Proletariats gedacht war - Mussolini, als er ins gegnerische Lager schwenkte, die Möglichkeit gegeben, die Mittelklassen gegen das Proletariat zu mobilisieren. Hitler hat die gleiche Arbeit verrichtet, wobei er die Methodologie des italienischen Faschismus in die Sprache der deutschen Mystik übersetzte.

Die Scheiterhaufen, auf denen die verruchten Schriften des Marxismus brennen, werfen helles Licht auf die Klassennatur des Nationalsozialismus. Solange die Nazis als Partei handelten und nicht als Staatsmacht, fanden sie fast keinen Eingang in die Arbeiterklasse. Andererseits betrachtete sie die Großbourgeoisie, auch jene, die Hitler mit Geld unterstützte - nicht als ihre Partei. Das nationale "Erwachen" stützte sich ganz und gar auf die Mittelklassen, den rückständigsten Teil der Nation, den schweren Ballast der Geschichte. Die politische Kunst bestand darin, das Kleinbürgertum durch Feindseligkeit gegen das Proletariat zusammenzuschweißen. Was wäre zu tun, damit alles besser werde? Vor allem die niederdrücken, die unten sind. Kraftlos vor den großen Wirtschaftsmächten hofft das Kleinbürgertum, durch die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen seine gesellschaftliche Würde wiederherzustellen.

Die Nazis geben ihrem Umsturz den usurpierten Namen Revolution. In Wirklichkeit läßt der Faschismus in Deutschland wie auch in Italien die Gesellschaftsordnung unangetastet. Hitlers Umsturz hat, isoliert betrachtet, nicht einmal Recht auf den Namen Konterrevolution. Aber man darf ihn nicht abgesondert sehen, er ist die Vollendung des Kreislaufs von Erschütterungen, der in Deutschland 1918 begann. Die Novemberrevolution, die die Macht den Arbeiter- und Soldatenräten übergab, war in ihrer Grundtendenz protetarisch. Doch die an der Spitze der Arbeiterschaft stehende Partei gab die Macht dem Bürgertum zurück. In diesem Sinne eröffnete die

Sozialdemokratie die Ära der Konterrevolution, ehe es der Revolution gelang, ihr Werk zu vollenden. Solange die Bourgeoisie von der Sozialdemokratie und folglich von den Arbeitern abhängig war, enthielt das Regime aber immer noch Elemente des Kompromisses. Bald ließ die internationale und die innere Lage des deutschen Kapitalismus keinen Raum mehr für Zugeständnisse. Rettete die Sozialdemokratie die Bourgeoisie vor der proletarischen Revolution, so hatte der Faschismus seinerseits die Bourgeoisie vor der Sozialdemokratie zu retten. Hitlers Umsturz ist nur das Schlußglied in der Kette der konterrevolutionären Verschiebungen.

Der Kleinbürger ist dem Entwicklungsgedanken feind, denn die Entwicklung geht beständig gegen ihn - der Fortschritt brachte ihm nichts als unbezahlbare Schulden. Der Nationalsozialismus lehnt nicht nur den Marxismus, sondern auch den Darwinismus ab. Die Nazis verfluchen den Materialismus, weil die Siege der Technik über die Natur den Sieg des großen über das kleine Kapital bedeuten. Die Führer der Bewegung liquidieren den "Intellektualismus" nicht so sehr deshalb, weil sie selbst mit einem Intellekt zweiter und dritter Sorte versehen sind, sondern vor allem, weil ihre geschichtliche Rolle es ihnen nicht gestattet, irgendeinen Gedanken zu Ende zu führen. Der Kleinbürger braucht eine höchste Instanz, die über Natur und Geschichte steht, gefeit gegen Konkurrenz, Inflation, Krise und Versteigerung. Der Evolution, dem "ökonomischen Denken", dem Rationalismus - dem zwanzigsten, neunzehnten und achtzehnten Jahrhundert - wird der nationale Idealismus als die Quelle des Heldischen entgegengestellt. Die Nation Hitlers ist ein mythologischer Schatten des Kleinbürgertums selbst, sein pathetischer Wahn vom tausendjährigen Reich auf Erden.

Um die Nation über die Geschichte zu erheben, gab man ihr als Stütze die Rasse. Den geschichtlichen Ablauf betrachtet man als Emanation der Rasse. Die Eigenschaften der Rasse werden ohne Bezug auf die veränderlichen gesellschaftlichen Bedingungen konstruiert. Das niedrige "ökonomische Denken" ablehnend, steigt der Nationalsozialismus ein Stockwerk tiefer, gegen den wirtschaftlichen Materialismus beruft er sich auf den zoologischen.

Die Rassentheorie - wie besonders geschaffen für einen anspruchsvollen Autodidakten, der nach einem Universalschlüssel für alle Geheimnisse des Lebens sucht - sieht im Licht der Ideengeschichte besonders kläglich aus. Die Religion des rein Germanischen mußte Hitler aus zweiter Hand beim französischen Diplomaten und dilettierenden Schriftsteller Gobineau entlehnen. Die politische Methodologie fand Hitler fertig bei den Italienern vor. Mussolini hat sich ausgiebig der Marxschen Theorie des Klassenkampfes bedient. Der Marxismus selbst war die Frucht einer Verbindung deutscher Philosophie, französischer Geschichtsschreibung und englischer Ökonomie. In der Genealogie der Ideen - selbst der rückschrittlichsten und stumpfsinnigsten - findet sich vom Rassismus keine Spur.

Die Armseligkeit der nationalsozialistischen Philosophie hat die Universitätsprofessoren selbstverständlich nicht gehindert, mit vollen Segeln in Hitlers Fahrwasser einzulenken - als sein Sieg außer Frage stand. Die Jahre der Weimarer Ordnung waren für die Mehrheit des Professorenpöbels eine Zeit der Verwirrung und

Unruhe. Die Historiker, Ökonomen, Juristen und Philosophen ergingen sich in Vermutungen darüber, welches der einander bekämpfenden Wahrheitskriterien das echte sei, das heißt, welches Lager sich zu guter Letzt als Sieger erweisen werde. Die faschistische Diktatur beseitigt die Zweifel der Fäuste und das Schwanken der Hamlets auf dem Universitätskatheder. Aus der Dämmerung der parlamentarischen Relativität tritt die Wissenschaft wiederum in das Reich des Absoluten ein. Einstein mußte Deutschland verlassen.

Auf der Ebene der Politik ist der Rassismus eine aufgeblasene und prahlerische Abart des Chauvinismus, gepaart mit Schädellehre. Wie herabgekommener Adel Trost findet in der alten Abkunft seines Bluts, so besüßt sich das Kleinbürgertum am Märchen von den besonderen Vorzügen seiner Rasse. Es verdient Beachtung, daß die Führer des Nationalsozialismus nicht germanische Deutsche sind, sondern Zugewanderte: aus Österreich, wie Hitler selbst, aus den ehemaligen baltischen Provinzen des Zarenreichs, wie Rosenberg, aus den Kolonialländern, wie der augenblickliche Stellvertreter Hitlers in der Parteileitung, Heß, und der neue Minister Darré. Es bedurfte der Schule barbarischer nationaler Balgerei in den kulturellen Randgebieten, um den Führern die Gedanken einzuflößen, die später ein Echo im Herzen der barbarischsten Klassen Deutschlands fanden.

Die Persönlichkeit und die Klasse - der Liberalismus und der Marxismus - sind das Böse. Die Nation ist das Gute. Doch an der Schwelle des Eigentums verkehrt sich diese Philosophie ins Gegenteil. Nur im persönlichen Eigentum liegt das Heil. Der Gedanke des nationalen Eigentums ist eine Ausgeburt des Bolschewismus. Obwohl er die Nation vergottet, will der Kleinbürger ihr doch nichts schenken. Im Gegenteil erwartet er, daß die Nation ihm selbst Besitz beschert und diesen dann gegen Arbeiter und Gerichtsvollzieher in Schutz nimmt.

Vor dem Hintergrund des heutigen Wirtschaftslebens - international in den Verbindungen, unpersönlich in den Methoden - scheint das Rassenprinzip einem mittelalterlichen Ideenfriedhof entstiegen. Die Nazis machen im voraus Zugeständnisse: Im Reich des Geistes wird Rasseneinheit durch den Paß bescheinigt, im Reich der Wirtschaft aber muß sie sich durch Geschäftstüchtigkeit ausweisen. Unter heutigen Bedingungen heißt das: durch Konkurrenzfähigkeit. So kehrt der Rassismus durch die Hintertür zum ökonomischen Liberalismus - ohne politische Freiheiten - zurück.

Praktisch beschränkt sich der Nationalismus in der Wirtschaft auf - trotz aller Brutalität - ohnmächtige Ausbrüche von Antisemitismus. Vom heutigen Wirtschaftssystem sondern die Nazis das raffende oder Bankkapital als den bösen Geist ab; gerade in dieser Sphäre nimmt ja die jüdische Bourgeoisie einen bedeutenden Platz ein. Während er sich vor dem kapitalistischen System verbeugt, bekriegt der Kleinbürger den bösen Geist des Profits in Gestalt des polnischen Juden im langschößigen Kaftan, der oft keinen Groschen in der Tasche hat. Der Pogrom wird zum Beweis rassischer Überlegenheit.

Das Programm, mit dem der Nationalsozialismus an die Macht gelangte, erinnert nur zu sehr an die jüdischen Warenhäuser der finsternen Provinz. Was findet man dort nicht

alles zu niedrigem Preis und in noch niedrigerer Qualität. Die Erinnerung an die "glücklichen" Zeiten der freien Konkurrenz und die vage Überlieferung von der Stabilität der Ständegesellschaft, Träume von der Auferstehung des Kolonialreichs und den Wahn von einer geschlossenen Wirtschaft, Phrasen über eine Rückkehr vom römischen zum alt-deutschen Recht und über die Befürwortung des amerikanischen Moratoriums, neidische Feindschaft gegen die Ungleichheit in Gestalt einer Villa und eines Autos und tierische Furcht vor der Gleichheit in Gestalt des Arbeiters mit Mütze und ohne Kragen, tobenden Nationalismus und Angst vor den Weltgläubigern - all dieser internationale Auswurf politischer Gedanken füllt die geistige Schatzkammer des neudeutschen Messianismus.

Der Faschismus entdeckte den Bodensatz der Gesellschaft für die Politik. Nicht nur in den Bauernhäusern, sondern auch in den Wolkenkratzern der Städte lebt neben dem zwanzigsten Jahrhundert heute noch das zehnte oder dreizehnte. Hunderte Millionen Menschen benutzen den elektrischen Strom, ohne aufzuhören, an die magische Kraft von Gesten und Beschwörungen zu glauben. Der römische Papst predigt durchs Radio vom Wunder der Verwandlung des Wassers in Wein. Kinostars laufen zur Wahrsagerin. Flugzeugführer, die wunderbare, vom Genie des Menschen erschaffene Mechanismen lenken, tragen unter dem Sweater Amulette. Was für unerschöpfliche Vorräte an Finsternis, Unwissenheit, Wildheit! Die Verzweiflung hat sie auf die Beine gebracht, der Faschismus wies ihnen die Richtung. All das, was bei ungehinderter Entwicklung der Gesellschaft vom nationalen Organismus als Kulturexkrement ausgeschieden werden mußte, kommt jetzt durch den Schlund hoch; die kapitalistische Zivilisation erbricht die unverdaute Barbarei. Das ist die Physiologie des Nationalsozialismus.

Der deutsche wie der italienische Faschismus stiegen zur Macht über den Rücken des Kleinbürgertums, das sie zu einem Rammbock gegen die Arbeiterklasse und die Einrichtungen der Demokratie zusammenpreßten. Aber der Faschismus, einmal an der Macht, ist alles andere als eine Regierung des Kleinbürgertums. Mussolini hat recht, die Mittelklassen sind nicht fähig zu selbständiger Politik. In Perioden großer Krisen sind sie berufen, die Politik einer der beiden Hauptklassen bis zur Absurdität zu treiben. Dem Faschismus gelang es, sie in den Dienst des Kapitals zu stellen. Solche Lösungen wie die Verstaatlichung der Trusts und die Abschaffung des "arbeits- und mühelosen Einkommens" waren nach Übernahme der Macht mit einem Mal über Bord geworfen. Der Partikularismus der deutschen Länder, der sich auf die Eigenarten des Kleinbürgertums stützte, hat dem polizeilichen Zentralismus Platz gemacht, den der moderne Kapitalismus braucht. Jeder Erfolg der nationalsozialistischen Innen- und Außenpolitik wird unvermeidlich Erdrückung des kleinen Kapitals durch das große bedeuten.

Das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen wird dabei nicht abgeschafft, es wird einfach von der Wirklichkeit abgetrennt und in Ritualhandlungen aufgelöst. Die Vereinigung aller Klassen läuft hinaus auf die Halbsymbolik der Arbeitsdienstpflcht und die Beschlagnahme des Arbeiterfeiertags "zugunsten des Volkes". Die Beibehaltung der gotischen Schrift im Gegensatz zur lateinischen ist eine symbolische Vergeltung für das

Joch des Weltmarkts. Die Abhängigkeit von den internationalen - darunter auch jüdischen - Bankiers ist nicht um ein Jota gemildert, dafür ist es verboten, Tiere nach dem Talmudritual zu schlachten. Ist der Weg zur Hölle mit guten Vorsätzen gepflastert, so sind die Straßen des Dritten Reiches mit Symbolen ausgelegt.

Indem er das Programm der kleinbürgerlichen Illusionen auf elende bürokratische Maskeraden reduziert, erhebt sich der Nationalsozialismus über die Nation als reinste Verkörperung des Imperialismus. Die Hoffnung darauf, daß die Hitlerregierung heute oder morgen als Opfer ihres inneren Bankrotts fallen werde, ist völlig vergeblich. Das Programm war für die Nazis nötig, um an die Macht zu kommen, aber die Macht dient Hitler durchaus nicht dazu, das Programm zu erfüllen. Die gewaltsame Zusammenfassung aller Kräfte und Mittel des Volkes im Interesse des Imperialismus - die wahre geschichtliche Sendung der faschistischen Diktatur - bedeutet die Vorbereitung des Krieges; diese Aufgabe duldet keinerlei Widerstand von innen und führt zur weiteren mechanischen Zusammenballung der Macht. Den Faschismus kann man weder reformieren noch zum Abtreten bewegen. Ihn kann man nur stürzen. Der politische Weg der Naziherrschaft führt zur Alternative Krieg oder Revolution. Der erste Jahrestag der Nazidiktatur steht bevor. Alle Tendenzen des Regimes haben sich inzwischen klar und deutlich entfalten können. Die "sozialistische" Revolution, die den kleinbürgerlichen Massen die unentbehrliche Ergänzung der "nationalen" schien, wurde offiziell verdammt und liquidiert. Die Klassenverbrüderung gipfelt darin, daß - an einem eigens von der Regierung bestimmten Tage - die Reichen zugunsten der Armen auf Vor- und Nachtmahl verzichten. Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat dazu geführt, daß man die halbe Hungerration noch einmal teilt. Alles übrige ist Produkt der manipulierten Statistik. Die "geplante" Autarkie erweist sich als ein neues Stadium wirtschaftlichen Zerfalls.

Je weniger das Polizeiregime der Nazis ökonomisch leistet, desto größere Anstrengungen muß es auf außenpolitischem Gebiet unternehmen. Dies entspricht völlig der inneren Dynamik des durch und durch aggressiven deutschen Kapitals. Das Umschwenken der Naziführer auf Friedensdeklarationen kann nur Dummköpfe irreführen. Hitler hat kein anderes Mittel, die Schuld an inneren Schwierigkeiten auf äußere Feinde abzuwälzen und die Sprengkraft des Imperialismus unter dem Druck der Diktatur zu steigern.

Dieser Teil des Programms, der noch vor der Machtergreifung der Nazis offen angekündigt wurde, realisiert sich jetzt mit eiserner Logik vor den Augen der ganzen Welt. Die Zeit, die uns bis zur nächsten europäischen Katastrophe bleibt, ist befristet durch die deutsche Aufrüstung. Das ist keine Frage von Monaten, aber auch keine von Jahrzehnten. Wird Hitler nicht rechtzeitig durch innerdeutsche Kräfte aufgehalten, so wird Europa in wenigen Jahren neuerlich in Krieg gestürzt.

II. Weltkrieg: Krieg für Demokratie oder für Profite?

von www.sozialismus.info, Holger Dröge, Berlin,
Sozialistische Alternative Voran, Deutsche Sektion des CWI

Der jetzige Krieg - der zweite imperialistische Krieg - ist kein Zufall, er rührt nicht aus dem freien Willen dieses oder jenes Diktators her. Er wurde lange vorher vorausgesagt. Er folgte unerbittlich aus den Widersprüchen der internationalen kapitalistischen Interessen. Entgegen den offiziellen Fabeln, die das Volk einlullen sollen, ist die Hauptursache des Krieges, wie aller anderen sozialen Übel - Arbeitslosigkeit, hohe Lebenskosten, Faschismus, koloniale Unterdrückung - das Privateigentum an den Produktionsmitteln und der bürgerliche Staat, der darauf beruht"

Leo Trotzki, russischer Revolutionär und Gegner des Stalinismus, zum Beginn des Zweiten Weltkriegs im "Manifest der Vierten Internationale zum imperialistischen Krieg und zur proletarischen Weltrevolution"

Am 8. Mai jährt sich zum 60. Mal das Ende des Zweiten Weltkriegs. Für Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und andere die Gelegenheit darauf hinzuweisen, dass alle Deutschen damals große Schuld auf sich geladen hätten. Alle Deutschen hätten den Faschisten zur Macht verholfen und deswegen sei der Krieg der Alliierten gerechtfertigt gewesen. Diese Kollektivschuldthese stimmt nicht.

Der Zweite Weltkrieg war ein imperialistischer Krieg. Darüber kann Schröder nicht sprechen. Es würde zu viele Fragen über die Gegenwart aufwerfen. Wieder sind Arbeitslosigkeit und Armut ein Massenphänomen, wieder steckt die kapitalistische Wirtschaft in einer tiefen Krise.

Die Widersprüche des Kapitalismus, die zur Katastrophe des Zweiten Weltkriegs führten, bestehen auch heute. Dem Beginn des Krieges 1939 ging die Weltwirtschaftskrise 1929-32 voraus. Die Zahl der Arbeitslosen in den Industrieländern schnellte von sechs auf 40 Millionen in die Höhe. 1937 war die US-Wirtschaft erneut auf dem Weg in die Rezession.

Heute geht es mit der Marktwirtschaft ebenfalls bergab. Überproduktion, Überkapazitäten und Schuldenberge prägen das Bild. Heute wie damals gibt es Handelskonflikte zwischen den imperialistischen Staaten, Aufrüstung und Kriegszüge. Zwar steht kein Dritter Weltkrieg auf der Tagesordnung, doch verstärkt erleben wir, wie die Herrschenden sich Märkte und Rohstoffe mit militärischen Mitteln streitig machen. Auch die Bundeswehr ist in Afghanistan, im Kosova, in Dschibuti und in anderen Ländern dabei, um den deutschen Kapitalisten ein Stück vom Kuchen zu sichern.

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen

Kriege sind nicht auf diplomatische Fehler oder den Größenwahn einzelner Herrscher zurückzuführen, wie es die bürgerliche Geschichtsschreibung gerne vermitteln will. Sie sind Ausdruck der inneren Widersprüche eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln im Kapitalismus zwingt zur Konkurrenz zwischen den Konzernen. Dieser Konflikt, der sich auf verschiedene Staatsapparate mit-samt Armeen und Rüstungsgütern stützt, bedeutet, dass der Weltkrieg im Kapitalismus von Anfang an steckt.

Schon der Erste Weltkrieg war ein Versuch, den Widerspruch zwischen der Entwicklung eines Weltmarktes und dem Fortbestehen von Nationalstaaten zu lösen. Die Warenproduktion war enorm gesteigert worden und das verlangte nach neuen Absatzmärkten. Die Eroberung von Kolonien war wichtig für die Schaffung neuer Märkte, der Sicherung billiger Arbeitskräfte und dem leichten Zugang zu Rohstoffen. Nachdem die führenden Industriestaaten die Welt untereinander aufgeteilt hatten, musste es zum Versuch einer Neuaufteilung mit militärischen Mitteln kommen.

Der Erste Weltkrieg hat die Probleme der deutschen Herrschenden, die gegenüber England und Frankreich im Hintertreffen waren, nicht lösen können. Nach der Niederlage hinderte der Versailler Vertrag ihre Möglichkeiten auf eine zukünftige Expansion und musste daher aus ihrer Sicht vom Tisch. Deshalb ging die zweite Initiative zur Neuaufteilung der Welt von deutschem Boden aus.

Während das Kapital in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg außenpolitisch schlechtere Karten hatte als zuvor, sah es auch die Herrschaft im eigenen Land bedroht. Schließlich kam es am Ende des Krieges zu einer Welle von revolutionären Bewegungen der Arbeiterklasse. Die politische Radikalisierung und die Stärkung sozialistischer und revolutionärer Ideen führte 1918/19 zur Gründung der KPD, mit der neben der SPD eine zweite Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse entstand.

Die faschistische Bewegung war die Antwort auf diese beiden Probleme der deutschen Unternehmer.

Wie kamen die Faschisten an die Macht?

Die Bewegung der Nazis wurde in den zwanziger Jahren zu einer Massenbewegung. Die Basis war das Kleinbürgertum, das damals zahlenmäßig erheblich stärker war als heute. Wirtschaftlich ruiniert und in die Armut gestoßen, blickten viele Handwerker oder Ladenbesitzer zunächst auf die Klasse der Lohnabhängigen. Nachdem sich die revolutionären Kämpfe 1918-23 jedoch erst mal erschöpft hatten, wendeten sich viele von der Arbeiterbewegung wieder ab und erhofften sich von den Nationalsozialisten einen Ausweg.

Die Machtergreifung der Faschisten in Deutschland war nur möglich, da das deutsche Kapital sie massiv förderte. Von Anfang an war die faschistische Bewegung vom Großkapital finanziert worden. Einige der ersten Großspender waren zum Beispiel die

Industriellen Ernst von Borsig, Hugo Stinnes, Emil Kirdorf und Fritz Thyssen. Heute wie damals dienen die Faschisten als Kettenhunde des Kapitals. Daher wurden nach der Machtergreifung 1933 als allererstes SPD, KPD, andere Linke und Gewerkschaften verboten und das "Führerprinzip" auch in den Betrieben eingeführt. Mit dem Faschismus konnten die Löhne der ArbeiterInnen herabgesetzt und die Ausbeutungssituation verschärft werden.

Dennoch hat die NSDAP zu keinem Zeitpunkt eine absolute Mehrheit auf Wahlebene erreichen können, sondern war auf die Schützenhilfe von Zentrum (CDU-Vorläuferorganisation) und anderen Bürgerlichen angewiesen. Bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 - unmittelbar vor Hitlers Machtergreifung - kamen die Nazis auf 33 Prozent, während SPD und KPD zusammen 37 Prozent der Stimmen gewinnen konnten.

Der Erfolg des Nationalsozialismus war nur möglich, weil die Führungen von SPD und KPD keinen gemeinsamen Kampf der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus organisierten. Die SPD vertraute gegen die Nazis auf den Staat, nicht auf die Arbeiterklasse. Sie ließ sich dazu herab, erst Brüning's Notverordnungen zu unterstützen und dann Hindenburg zum Reichspräsidenten zu wählen - der schließlich Hitler zum Kanzler ernannte. Die KPD wiederum, unter dem Einfluss Stalins, weigerte sich strikt, für eine Einheitsfront mit der Sozialdemokratie gegen die faschistische Gefahr einzutreten, beschimpfte die SPD als "Sozialfaschisten" und "Zwillingsbruder" der Faschisten und spaltete damit die Arbeiterklasse. Gleichzeitig verschloss sie die Augen vor dem Ausmaß der faschistischen Gefahr und vertröstete sich mit der Phrase: "Nach Hitler kommen wir."

USA und Großbritannien im Kampf gegen den Faschismus?

In den Schulbüchern steht vor allem der Kampf der Westmächte gegen Deutschland im Vordergrund. Großbritannien und die USA hätten den Faschismus besiegt und die Demokratie nach Deutschland gebracht.

Abgesehen davon, dass das faschistische Spanien und viele andere Diktaturen unbehelligt blieben, hatten vor 1939 weder die Regierungen Britanniens, Frankreichs oder der USA auf den Sturz des Faschismus hingearbeitet. Die Verletzung der Rüstungsbeschränkungen des Versailler Vertrages, die Besetzung des entmilitarisierten Rheinlandes, die Annektierung Österreichs wurden geduldet. Ihren Höhepunkt erreichte diese als "Appeasement" (Beschwichtigung) in die Geschichte eingegangene Politik mit der Münchner Konferenz vom Herbst 1938, bei der Britannien und Frankreich trotz ihrer "Schutzverpflichtungen" gegenüber der damaligen Tschechoslowakei die Annektierung des Sudetenlandes durch Hitler akzeptierten.

Dahinter steckte die Hoffnung, die Expansionspläne Hitlers auf die Sowjetunion lenken zu können, da das stalinistische System in der Sowjetunion von den Herrschenden in den westlichen Ländern als die größere Bedrohung angesehen wurde.

Als klar war, dass die Nazis nicht nur gegen die Sowjetunion vorgehen würden, sondern

auch gegen Frankreich, Belgien oder die Niederlande, konnten die Regierungschefs Roosevelt (USA) und Churchill (Britannien) nicht einfach die Hände in den Schoß legen. Aber selbst dann wurde noch nicht energisch der Kampf gegen Hitler aufgenommen, sondern gehofft, dass Deutschland zunächst die Sowjetunion schwächen und sich selbst gleichzeitig aufreiben würde. Roosevelts Nachfolger, Harry Truman, wurde am 24. Juli 1941 in der New York Times folgendermaßen zitiert: "Wenn wir sehen, dass Deutschland den Krieg gewinnt, sollten wir Russland helfen, und wenn Russland gewinnt, sollten wir Deutschland helfen und die Deutschen auf diese Weise so viele wie möglich umbringen lassen."

Es gab in den herrschenden Eliten Britanniens und Nordamerikas beträchtliche Sympathien für Hitler, solange sich das Nazi-Regime vorwiegend der Unterdrückung der Arbeiterbewegung widmete und durch die massive Aufrüstung Möglichkeiten für Extraprofite eröffnete. Autokönig Henry Ford gehörte ebenso zu seinen Bewunderern wie der britische Monarch Edward VIII.

Gute Geschäfte mit dem faschistischen Deutschland

Der Zweite Weltkrieg "brach" nicht einfach "aus", sondern war das zwangsläufige Ergebnis des Konkurrenzkampfes zwischen den kapitalistischen Großkonzernen und den führenden imperialistischen Staaten, die sich mit der bis dahin schwersten Krise ihres Systems konfrontiert sahen. Da für den einzelnen Kapitalisten letztendlich nur der Profit zählt, hatten die ausländischen Unternehmer kein Problem damit, trotz Kriegsvorbereitungen in Deutschland Geld zu verdienen.

Vor allem US-Konzerne erzielten in Deutschland nach 1933 eine hohe Rendite: Ford Deutschland steigerte seine Gewinne von 63.000 Reichsmark 1935 auf 1,28 Millionen Reichsmark 1939. Coca-Cola verfünffachte seinen Umsatz im gleichen Zeitraum in Deutschland. Noch 1939 verteidigte der General-Motors-Vorstandsvorsitzende Sloan die Aktivitäten im Hitlerdeutschland wegen der hohen Rentabilität (General Motors und Ford produzierten 70 Prozent der deutschen Autos). Nach 1933 stiegen die Investitionen US-amerikanischer Firmen in Deutschland sogar noch an.

Aber auch mit der faschistischen Regierung wurde gerne zusammengearbeitet: Die IBM-Tochter DEHOMAG lieferte den Nazis die Lochkartentechnik für die Automatisierung der Judenvernichtung, Du-Pont investierte in deutsche Waffenfabriken, Texaco-Chef Torkild Rieber war ein guter Freund von Göring. Im Juli 1941 stammten 44 Prozent der deutschen Ölimporte aus den USA.

Erst als Hitlers Weltoberungspläne den britischen und US-amerikanischen Imperialismus unmittelbar bedrohten, wurden auch die Mitglieder der herrschenden Eliten zu "Antifaschisten". Auch rechte Politiker wie Churchill, die die Appeasement-Politik abgelehnt hatten, taten das nicht aus prinzipieller Feindschaft gegen den Faschismus. Churchill schrieb noch 1939: "Ich habe immer gesagt, dass wenn Großbritannien in einem Krieg besiegt würde, ich hoffen würde, dass wir einen Hitler

finden, der uns zu unserer uns zustehenden Stellung unter den Nationen zurückführt" (Winston S. Churchill, Große Zeitgenossen).

Es ging den Herrschenden in den USA und Britannien nie um den Faschismus, sondern um eine konkurrierende Wirtschaftsmacht. Für sie standen politische (Schwächung der Sowjetunion) und vor allem ökonomische Gründe (neue Absatzmärkte) im Vordergrund. In den eroberten Gebieten war das Ziel nicht das Ausmerzen des Faschismus, sondern die Rettung des Kapitalismus. Dabei scheuten sie nicht davor zurück, sich auf Kräfte zu stützen, die mit den Nazis zusammengearbeitet hatten und weiterhin reaktionäre Ziele verfolgten, und andererseits Kräfte zu unterdrücken, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben riskiert hatten.

Darum kann man den 8. Mai 1945 auch nicht einfach als "Tag der Befreiung" bezeichnen. Zwar war die deutsche Arbeiterklasse endlich frei vom Nazi-Terror. Doch im von den Alliierten besetzten Teil hatten die ArbeiterInnen nicht die Freiheit, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen (nachdem sich in einer Volksabstimmung in Hessen zum Beispiel mehr als 70 Prozent für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien aussprachen, wurden alle weiteren Abstimmungen kurzerhand untersagt).

In Ostdeutschland kam es zwar zu einem grundlegenden Wandel der ökonomischen Verhältnisse, allerdings entrechtete die SED-Diktatur die Lohnabhängigen politisch.

Die Sowjetunion

90 Prozent der Verluste der Wehrmacht wurden ihr durch die Rote Armee zugefügt. Die Sowjetunion hatte dementsprechend mit über 20 Millionen Toten die größten Verluste zu verzeichnen. Auf einen gefallenen GI kamen 53 Soldaten der Roten Armee. Es kam den Westmächten ganz gelegen, dass die Rote Armee die Hauptlast des Kriegs trug - so konnten sie ihre Kosten gering halten. Die Hilfslieferungen an die Sowjetunion machten zu keinem Zeitpunkt mehr als vier bis fünf Prozent des Militäretats aus.

Die stalinistische Bürokratie hatte zu Beginn des Zweiten Weltkriegs noch mit den Faschisten paktiert (Hitler-Stalin-Pakt). Stalin gratulierte Hitler noch am 20. April 1941 persönlich zum Geburtstag. Alles in der absurden Hoffnung, einer deutschen Invasion entgehen zu können. Als die Nazis Russland im Sommer 1941 schließlich den Krieg erklärten, war die Verteidigung der Sowjetunion enorm geschwächt. Hinzu kamen die stalinistischen Säuberungsaktionen gegen Oppositionelle (darunter auch die Auslieferung von 800 AntifaschistInnen an Deutschland, die dann in den Konzentrationslagern endeten).

Die Sowjetunion konnte den Krieg nur aufgrund zweier Tatsachen gewinnen: Der enormen Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse in der Sowjetunion und der Existenz einer Planwirtschaft (obgleich das Potenzial dieser Produktionsverhältnisse durch Diktatur und bürokratische Gängelung enorm beeinträchtigt wurde). Dank der Erfolge der Roten Armee wurde der Faschismus in Deutschland entscheidend geschlagen. Die Westmächte hielten sich mit einer Intervention so lange zurück, bis sie Angst bekommen mussten, die Rote Armee könnte ganz Europa erobern.

Während die faschistischen Kräfte und ein Großteil der Unternehmer vor den sowjetischen Panzern in Richtung Westen flohen, hofften viele ArbeiterInnen, nicht nur in Osteuropa, auf einen wirklichen sozialistischen Neuanfang. Doch die Sowjetbehörden und die von ihnen Gnaden in Schlüsselpositionen der neu entstehenden Ostblockstaaten eingesetzten Führer der Kommunistischen Parteien würgten sehr schnell jeden Ansatz zur Selbstorganisation ab und errichteten Regimes nach dem Muster der stalinistischen Sowjetunion. In der DDR war die SED das Herrschaftsinstrument der Bürokratie, sie organisierte eine Reihe von Säuberungen und schlug den Arbeiteraufstand im Juni 1953 nieder.

Antifaschistischer Widerstand in Westeuropa

In den vom deutschen Faschismus besetzten Ländern spielte die Widerstandsbewegung eine große Rolle. Es waren die Mitglieder der Resistance, der Partisanen oder anderer Widerstandsgruppen, die beim Sieg über den Faschismus wichtig waren.

In Italien führten die verheerende Wirtschaftslage und die faschistischen Niederlagen in Nordafrika und Stalingrad im März 1943 zu einer Streikwelle, die das Ende des Mussolini-Faschismus bedeutete. Danach liefen die italienischen Kapitalisten auf die Seite der Alliierten über. Vor allem in Mittel- und Norditalien bildeten sich antifaschistische Komitees, es gab Streiks und Demonstrationen, die von der neuen Badoglio-Regierung gewaltsam unterdrückt wurden. Badoglio selbst war einer von Mussolinis führenden Militärs gewesen.

Die brutalste Unterdrückung der "Befreiten" durch die "Befreier" fand aber in Griechenland statt. Obwohl bereits im Sommer 1944 die Besatzungstruppen vertrieben worden waren, landeten erst im Oktober 1944 britische Truppen in Griechenland. Die "Sicherheitsbatalione", welche die Nazi-Marionettenregierung zum Kampf gegen den antifaschistischen Widerstand organisiert hatte, terrorisierten weiterhin die Bevölkerung.

Auch in ihren eigenen Kolonien waren die Alliierten nicht zimperlich: In Indien unterdrückte die britische Regierung zum Beispiel die Widerstandsbewegung; Gandhi und viele andere wurden in dieser Zeit ins Gefängnis gesteckt.

Der Bombenkrieg der Alliierten

Die Fragen nach dem Charakter des Zweiten Weltkriegs und der Rolle der Alliierten wurden gerade in den letzten Wochen in der Bundesrepublik erneut diskutiert. Die Arbeiterbewegung muss darauf Antworten geben, um die notwendigen Lehren ziehen zu können und im Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen.

Am 13. Februar auf der Demonstration von 5.000 Nazis in Dresden sagte Franz Schönhuber, der Mitglied der Waffen-SS war, er erkenne keinen Unterschied zwischen

einem KZ-Aufseher und einem britischen Bomberpiloten. Was passierte vor 60 Jahren in Dresden?

In der Nacht vom 13. auf den 14. Februar 1945 warfen 770 britische Bomber riesige Mengen Sprengbomben auf die ungeschützte Stadt. Dort hielten sich damals neben den 630.000 EinwohnerInnen auch zahlreiche Flüchtlinge auf. Es folgte der Abwurf von mehr als einer halben Million Brandbomben, die einen fürchterlichen Feuersturm entfachten. An den nächsten beiden Tagen folgten weitere Flächenbombardements durch 310 amerikanische Flugzeuge.

Der Bombenkrieg gegen Dresden, aber auch gegen andere Städte Deutschlands richtete sich gegen die Zivilbevölkerung. In der Regel wurden die Wohngebiete des wohlhabenderen Bürgertums und Industrieanlagen verschont (bei den Produktionsstätten bestand schließlich die Hoffnung, diese nach Kriegsende selber nutzen zu können). Da der Zusammenbruch des NS-Regimes nur noch eine Frage der Zeit war, verfolgten die Alliierten damit vor allem ein Ziel: die deutsche Arbeiterklasse massiv einzuschüchtern, um dem Neuaufbau der Arbeiterorganisationen und Bestrebungen für ein sozialistisches Deutschland entgegenzuwirken.

Außerdem war der Bombenangriff auf Dresden eine Machtdemonstration gegenüber der Sowjetunion: "Ich bin der Meinung, dass unsere Luftwaffe der Trumpf ist, mit dem wir nach dem Krieg zur Friedenskonferenz ziehen werden, und dass dieses Unternehmen unsere Position grenzenlos stärken, das heißt die russische Kenntnis unserer Stärke vergrößern wird" (General David M. Shlatter, stellvertretender Befehlshaber der Luftwaffe im Hauptquartier der alliierten Streitkräfte).

Nie wieder Krieg - Nie wieder Faschismus

Die Neonazis wollen mit dem Hinweis auf die Verbrechen der Westmächte von den Verbrechen der Faschisten ablenken. Als SozialistInnen werden wir mit aller Kraft gegen jegliche Versuche des Geschichtsrevisionismus von Nazis und Rechtsextremisten auftreten. Die Faschisten sind die energischsten Feinde der Arbeiterklasse, ganz gleich welche sozialen Phrasen sie dreschen. An der Macht dienen sie sich dem Kapital an.

Allerdings zeigt die Geschichte auch, dass wir uns im Kampf gegen den Faschismus oder gegen andere Diktaturen nicht auf den bürgerlichen Staat und seine Institutionen verlassen können. Die Krise des kapitalistischen Systems hat in den zwanziger und dreißiger Jahren zu faschistischen oder anderen diktatorischen Regimes nicht nur in Deutschland, sondern in einer ganzen Reihe von Ländern geführt: Italien, Spanien, Polen, Rumänien, Japan und einige weitere. Das hätte nicht so kommen müssen - wenn die damalige Führung der Arbeiterorganisationen nicht erhebliche politische Fehler begangen hätte (wie eben jenen, die Unterstützung großer Teile des Kapitals für die Faschisten zu verkennen).

Nur wenn der Kapitalismus abgeschafft wird, können weitere Katastrophen wie Rüstungswettrennen, neue Kriege, Völkermorde und die völlige Entrechtung der Lohnabhängigen verhindert werden. Obgleich die deutsche Arbeiterklasse durch den

Hitlerfaschismus in einem Maß niedergehalten wurde, dass sie das Nazi-Regime nicht selber stürzen konnte, zeigte der Zweite Weltkrieg dennoch, dass die Arbeiterklasse die Kraft ist, der die Aufgabe zufällt, eine neue Gesellschaft aufzubauen.

Es waren die ArbeiterInnen der Sowjetunion, die zentral für die Niederlage Hitlers waren. Es waren die Hunderttausenden von Widerstandskämpfern in den Reihen der Arbeiterbewegung in ganz Europa, die den Faschismus von Anfang an bekämpften. Es waren ArbeiterInnen, die nach dem Sturz des Faschismus antifaschistische Komitees aufbauten, Großbetriebe enteigneten und unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung weiterführten. Damals wie heute ist es die Klasse der abhängig Beschäftigten, die den ganzen Reichtum der Gesellschaft erwirtschaftet und aufgrund ihrer Rolle im Produktionsprozess die Fähigkeit besitzt, ein kollektives Bewusstsein als Klasse zu erlangen und eine Welt ohne Unterdrückung und Ausbeutung zu erreichen.

Internationalismus gegen Imperialismus: Die Arbeit der Vierten Internationale während des Zweiten Weltkriegs für die deutsche Revolution

von www.sozialismus.info, Wolfram Klein, Stuttgart,
Sozialistische Alternative Voran, Deutsche Sektion des CWI

Während des Zweiten Weltkrieges arbeiteten die kleinen trotzkistischen Truppen unter den schwierigsten Bedingungen. Selbst in bürgerlichen Demokratien wurden führende ihrer Mitglieder für die Verbreitung ihrer Ansichten (USA, Schweiz) oder für die Unterstützung streikender ArbeiterInnen (Großbritannien) ins Gefängnis geworfen. In Deutschland und den besetzten Gebieten mussten sie natürlich im Untergrund arbeiten, waren von Verhaftung, Folter, Gefängnis, Konzentrationslager und Ermordung bedroht. Oft bekämpften nicht nur die Nazis sondern auch andere Widerstandsgruppen sie. Stalinistische Organisationen verleumdeten sie nicht nur als Nazis, sondern behandelten sie auch so, wenn sie konnten. Pietro Tresso alias Blasco, Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens und seit 1930 Trotzkist, wurde bei einem Partisanenangriff auf das französische Gefängnis von Puy 1943 befreit. Die stalinistisch geführten Partisanen sonderten ihn und vier weitere Trotzkisten von den übrigen Befreiten ab, einer durfte nach Paris abreisen, die vier anderen wurden nie mehr gesehen.

Diesen kleinen, von mehreren Seiten verfolgten Gruppen gab die Überzeugung Kraft, dass der Krieg wie schon der Erste Weltkrieg mit einer revolutionären Welle enden werde. Für den Erfolg dieser Revolution maßen sie Deutschland eine Schlüsselstellung zu: Wegen der zahlenmäßigen Stärke der deutschen Arbeiterklasse, ihrer revolutionären Traditionen (nach dem Ersten Weltkrieg) und der Tradition von Arbeiter-Massenorganisationen. Gleichzeitig sahen sie aber mehr oder weniger deutlich die Gefahren, die der Revolution drohten: Nach dem Ersten Weltkrieg hatte die Sozialdemokratie international den Kapitalismus gerettet. Jetzt standen gleich zwei internationale Strömungen, Sozialdemokratie und Stalinismus, dazu bereit. Gleichzeitig versuchten die westlichen Imperialisten und die Sowjetunion durch Bombardierung der Arbeiterviertel und das Schüren von antideutschem Chauvinismus einer deutschen Revolution entgegenzuarbeiten. Deshalb setzten es sich die Organisationen der trotzkistischen Vierten Internationale sowohl in den von Deutschland besetzten Gebieten als auch in Britannien und den USA (unabhängig von einander, weil keine Kontakte mehr zwischen ihnen möglich waren) zur Aufgabe, dieser Propaganda entgegen zu wirken

Während des Krieges

Im Archiv des Internationalen Sekretariats der Vierten Internationale in Paris befindet sich ein Brief vom 24. Januar 1948 an die "Falken" in Köln, in dem es unter anderem

heisst: "In mehreren Ländern - besonders in Frankreich, Belgien, Holland und Dänemark - organisierten wir aktive Propaganda unter den proletarischen Soldaten der Wehrmacht, gaben verschiedene deutsche Schriften heraus, und bekämpften hartnäckig den chauvinistischen "Deutschenfresser"-Fanatismus, während wir uns gleichzeitig in der ersten Reihe des antifaschistischen Kampfes gegen den Nazi-Imperialismus befanden. Wir sind stolz, dass wir während der ganzen Zeit der deutschen Besatzung Europas die einzige Arbeiterorganisation waren, die in der Propaganda und in der Tat für internationale Verbrüderung gekämpft hat. Während der Prozesse, die die Gestapo gegen unsere Genossen in Holland und Belgien unternommen hat, betonten die Nazis immer, dass von allen Kämpfen gegen das Dritte Reich der unsrige, internationalistische, am gefährlichsten sei."

In den Niederlanden machten die TrotzkiInnen an die deutschen Soldaten gerichtete Propaganda. In den Haag klebten sie Gummipapier mit Parolen an Kasernenmauern (die Parolen hatten sie mit Stempeln auf das Papier gemacht). In Rotterdam wurden Flugblätter auf deutsch verfasst und an geeigneten Stellen platziert. Die niederländischen TrotzkiInnen waren der Ansicht, dass sie, wenn sie zur Zwangsarbeit nach Deutschland befohlen werden, hingehen und dort politische Arbeit versuchen sollen. Auf diese Weise konnte ihre im Untergrund erscheinende Zeitung immer wieder Stimmungsberichte aus Deutschland bringen. Nach einer Aussage nach dem Krieg, gab es Kontakte zu illegalen Gruppen in Deutschland. Ein Trotzki aus Groningen nahm in Bremerhaven an einem kurzen Streik teil. In Dänemark verbreiteten die TrotzkiInnen Flugblätter mit dem Titel "Die Wahrheit" unter den deutschen Soldaten.

In Frankreich organisierten die trotzkistische POI (Parti Ouvrier Internationaliste) verschiedene Aktivitäten, um Besatzungssoldaten zu erreichen. Sie gaben Flugblätter heraus, die dann an Kasernenmauern oder bei Kinos, die für deutsche Soldaten reserviert waren, platziert wurden. Der Höhepunkt ihrer Arbeit war die Zeitung "Arbeiter und Soldat". Sie wurde herausgegeben von einem jungen deutschen trotzkistischen Emigranten, Victor oder Paul Widelin oder Martin Monat. Er war Mitglied im provisorischen Europäischen Sekretariat der Vierten Internationale geworden und ging deshalb 1943 von Belgien nach Paris, um an der Arbeit des Sekretariats teilzunehmen. Im Juli, August und September 1943 erschien je eine Nummer. Französische TrotzkiInnen verbreiteten die Zeitung, besonders erfolgreich in Brest, wo es gelang, etwa 15 deutsche Soldaten für den Trotzkiismus zu gewinnen, die dann das Material weiter verbreiteten. Sie beschafften auch Ausweise für die Franzosen, organisierten die Desertion von Soldaten und Waffen für den Widerstand, gaben eigenes Material heraus und organisierten gemeinsame Treffen. Leider waren sie manchmal etwas unvorsichtig. Einmal sollen sie sogar auf der Straße die "Internationale" gesungen haben. Die Gruppe wurde von der Gestapo unterwandert, am 6. Oktober schlug sie bei einem Verbrüderungstreffen zu. 17 deutsche Soldaten wurden noch am selben Tag erschossen. 18 Franzosen wurden in der Bretagne verhaftet, einer wurde ebenfalls erschossen, 11 von ihnen deportiert, mehrere überlebten nicht. Auch in Paris gab es am selben Tag Verhaftungen, von denen die Führung der POI schwer getroffen wurde.

Ihr Generalsekretär Marcel Hic, der für die POI die Verbrüderungsarbeit geleitet hatte, und die weiteren führenden Mitglieder Rousset, Filliatre, Fournié, Baufrère wurden verhaftet, brutal gefoltert und ins KZ Buchenwald gebracht. Laut einer unmittelbar nach dem Krieg erschienenen Broschüre wurden insgesamt 65 Trotzlisten verhaftet, unter ihnen 30 deutsche Soldaten und Marineangehörige. Widelin konnte entkommen und kehrte vorübergehend nach Belgien zurück. Die Zeitung konnte erst im April und Juni 1944 wieder erscheinen. Widelin fiel dann durch Zufall im Sommer 1944 der Gestapo in die Hände und wurde so schwer gefoltert, dass die Gestapo ihn für tot hielt. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht, dort aber der Gestapo verraten, abgeholt und am selben Tag ermordet. Marcel Hic überlebte ebenfalls nicht.

Die politische Linie von "Arbeiter und Soldat" war, dass Deutschland zu Beginn des Krieges Erfolge hatte wegen seinem Vorsprung bei der Rüstung. Das ist vorbei, die Niederlage ist unvermeidlich, die Frage ist nur, ob sie durch einen militärischen Sieg der anglo-amerikanischen Imperialisten oder durch eine Arbeiterrevolution in Deutschland herbeigeführt wird. Natürlich musste man auf eine Revolution hinarbeiten, weil sie erstens den Krieg und das mit ihm verbundene Leiden schneller beenden kann, und zweitens verhindern kann, dass die Unterdrückungs- und Ausbeutungspläne der westlichen Imperialisten durchgeführt werden. Die Zeitung warnte vor einer Wiederholung der SPD-Politik von 1918, die jetzt auch von den StalinistInnen vertreten wurde, und berichtete von den Klassenkämpfen in den alliierten Ländern, zum Beispiel in England.

Die StalinistInnen gaben auch an die deutschen Soldaten gerichtetes Material heraus. Aber für sie waren es Soldaten einer feindlichen Armee, die man demoralisieren wollte, nicht potenzielle Verbündete für die Revolution, die man gewinnen wollte. Deshalb war diese Arbeit für die StalinistInnen kein Widerspruch zu chauvinistischer Hetze, bis hin zu der Parole "chacun son boche", also jeder soll einen Deutschen umbringen.

Die TrotzlistInnen argumentierten, dass tote deutsche Soldaten zwar nicht mehr für Hitler kämpfen können, aber auch nicht mehr gegen ihn. Schimpfworte wie "boche" (französisch) oder "Moffen" (niederländisch) lehnten sie natürlich ab.

Aber nicht nur durch ihre Arbeit unter den Beatzungssoldaten versuchten die TrotzlistInnen, eine internationalistische Linie durchzusetzen. In ihrem illegalen Material in den besetzten Gebieten und ebenso in den USA und Großbritannien forderten sie die ArbeiterInnen zum gemeinsamen Klassenkampf auf. Sie protestierten gegen Kampfformen, die dem im Wege standen, zum Beispiel Attentate auf einfache Wehrmachtangehörige. Ende 1943 beschloss das in Paris im Untergrund tätige Provisorische Europäische Sekretariat eine Resolution, die gegen die Bombardierung der deutschen Städte und ihrer Arbeiterviertel protestierte und die ArbeiterInnen zum gemeinsamen Kampf aufrief (siehe Anhang).

Sie erinnerten an die revolutionären Traditionen der deutschen Arbeiterklasse, von 1918ff, an die Gründe, warum Hitler an die Macht kommen konnte und protestierten gegen den antideutschen Chauvinismus, wie er besonders von vielen Bürgerlichen und den Stalinisten verbreitet wurde, bis hin zu der Parole "nur ein toter Deutscher ist ein guter Deutscher".

Nach Kriegsende

Nach Kriegsende ging diese Propagandaarbeit weiter und wurde ergänzt mit Protesten gegen die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die Unterdrückung durch die Besatzungsmächte, die wirtschaftliche Ausplünderung durch Reparationen. Verbunden wurde das mit praktischer materieller Hilfe für GenossInnen und InteressentInnen in Deutschland.

Dazu kam die Arbeit unter den deutschen Kriegsgefangenen. Die britischen TrotzistInnen gaben mit Hilfe junger deutscher EmigrantInnen in London von 1946 bis 1948 zweimal monatlich eine Zeitschrift für die deutschen Kriegsgefangenen heraus, die auf viel Zuspruch stieß und sich auch (durch entlassene Kriegsgefangene etc.) in Deutschland verbreitete. Die Zeitung hieß übrigens auch "Solidarität", so wie die heutige Zeitung der SAV.

Im Winter 1946/47 gab es einen Prozess gegen den britischen Trotzisten William Clemison in Sheffield, weil er die "Solidarität", die Zeitung der österreichischen Trotzisten und weiteres deutschsprachiges Material an Kriegsgefangene verteilt hatte. Vor Gericht verteidigte er seine Tätigkeit und prangerte an, dass unter einer sogenannten sozialistischen Labour-Regierung Kirche und alte Nazi-Offiziere Kriegsgefangene ihre Ideen unter Kriegsgefangenen verbreiten dürfen, aber Arbeiterorganisationen nicht. Er forderte das Recht der Kriegsgefangenen, an Veranstaltungen der Arbeiterbewegung teilzunehmen. Auf den Vorhalt, dass er kein deutsch verstehe, also nicht wisse, was in dem Material gestanden habe, erwiderte er, dass die Vierte Internationale in allen Ländern für die gleichen Ziele eintritt. Er wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, aber nicht nur in der britischen trotzkistischen Presse und der Solidarität wurde den Prozess berichtet, sondern auch international.

Auch die belgischen Trotzisten gaben eine Zeitung für die Kriegsgefangenen heraus und berichteten in ihrer sonstigen Presse über die Lage der Kriegsgefangenen und auch zum Beispiel über Streiks belgischer Bergarbeiter gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen von Zwangsarbeit leistenden Kriegsgefangenen. Solidaritätsarbeit mit den Kriegsgefangenen gab es auch in Frankreich.

Natürlich versuchte die Vierte Internationale auch, in Deutschland selber eine Sektion aufzubauen, was durch die schwierigen materiellen Lebensverhältnisse und das Besatzungsregime sehr schwierig war. Dazu kam, dass die wenigen überlebenden AktivistInnen zunächst einmal einen sehr großen theoretischen Diskussions- und Klärungsbedarf hatten. Die objektiven Bedingungen waren sehr gut, weil die Massen mit den imperialistischen und stalinistischen Besatzungsmächten und den mit ihnen zusammenarbeitenden Parteien sehr direkte Erfahrungen machte. Bei jungen Menschen gab es einen riesigen Hunger nach Ideen, aber große Hemmungen, sich zu organisieren. Als Folge erinnerte die Tätigkeit der Vierten Internationale zu Deutschland teilweise mehr an einen revolutionären Buchversand als an eine revolutionäre Organisation. Dazu kamen Spannungen zwischen deutschen GenossInnen und den verschiedenen

Emigrantengruppen. Das führte dazu, dass nach Kriegsende mehrere Jahre vergingen, bis überhaupt eine trotzkistische Gruppe in Deutschland gegründet wurde.

Anhang:

Provisorisches Europäisches Sekretariat der Vierten Internationale: Hilfe für das deutsche Proletariat

veröffentlicht in: Quatrième Internationale, nouvelle série, no 2, Décembre, 1943, Nachdruck in: Les congrès de la IVe Internationale (manifestes, thèses, résolutions). 2. L?Internationale dans la guerre. 1940-1946. Paris 1982, S. 181f., eigene Übersetzung

Die Bombardements der deutschen Städte folgen in schnellerer Folge und mit wachsender Intensität aufeinander. Den ganzen Winter machen Tausende und Abertausendes deutsche und ausländische Arbeiter die grausamen Folgen des Luftkriegs der Imperialisten durch. Ganze Städte werden binnen ein paar Stunden ausgelöscht. Unzählige Menschen sterben jeden Tag und jede Nacht unter den qualmenden Ruinen, die diese modernen "Ritter der Lüfte" und des Todes, die Piloten im Dienst des Imperialismus, wahllos und ohne Erbarmen anhäufen. Quer durch Deutschland verbergen sich immer größere Mengen der verwirrten Opfer, die ihren Herd, ihre Möbel, ihre notwendigsten Dinge verloren haben.

Mit der Verstärkung des Luftbombardements von Deutschland, ebenso wie im Rest des besetzten Europa, verfolgt der angelsächsische Imperialismus einen vorgefertigten Plan der systematischen Zerstörung der europäischen Wirtschaft. Gleichzeitig entfesselt er, der gegen den Hitler-"Rassismus" kämpft, eine bestialische Propaganda gegen das deutsche Volk. Er versucht, die wahren Gründe des gegenwärtigen imperialistischen Konflikts, der aus inneren Widersprüchen der kapitalistischen Regime kommt und aus unversöhnlichen Gegensätzen, die die Imperialisten gegen einander stellen, zu verstecken hinter dem Mythos vom "ewigen deutschen" Aggressor, militaristischen Krieger und Eroberungsgierigen. Er vermengt auch bewusst die arbeitenden Klassen Deutschlands mit der deutschen imperialistischen Bourgeoisie und ihrem politischen Werkzeug, dem gegenwärtigen Hitler-Regime. Aber die Hauptbeschäftigung des angelsächsischen Imperialismus im gegenwärtigen Stadium des Krieges ist das Ersticken der europäischen Revolution, die sich seit der italienischen Krise vom Juli 1943 mit Riesenschritten nähert und deren Hauptrahmen morgen gerade Deutschland sein wird. Der angelsächsische Imperialismus versucht durch seine Luftterror-Aktion gegen die deutsche Bevölkerung und seine rassistische "Antiboche"-Propaganda das deutsche Proletariat zu demoralisieren, den Glauben an den Internationalismus der Arbeiterklasse zu brechen und das ausländische Proletariat gegen ihre Brüder Deutschlands in Stellung zu bringen, die revolutionäre Welle zu zerbrechen, um sie schließlich endgültig zu erdrosseln.

Die stalinistischen Parteien auf der anderen Seite, die den Kampf für die Verteidigung der UdSSR nach Art der sowjetischen Bürokratie als Kampf für die Auslöschung des

deutschen Volkes ohne Klassenunterschiede interpretieren, marschieren in ihrer rassistischen antideutschen Kampagne im gleichen Schritt mit dem angelsächsischen Imperialismus.

Jetzt, wo eine neue Terrorwelle auf die deutsche Bevölkerung einschlägt und wo nach der jüngsten Konferenz in Teheran neue Drohungen des angelsächsischen Imperialismus mit der stalinistischen Bürokratie als Komplizen eine Verstärkung des Ausrottungskampfes gegen das große Volk von Europa voraussehen lassen, das Opfer des eigenen und des ausländischen Imperialismus ist, brandmarkt die Vierte Internationale diese verbrecherische Politik und sympathisiert ganz mit den grausam geprüften deutschen arbeitenden Klassen. Sie appelliert an die moralische und materielle Solidarität der Proletarier aller Länder ihren Klassenbrüdern Deutschlands gegenüber. Sie lädt die Arbeiter Deutschlands ein ihren Kampf für den Sturz des Hitlerregimes zu verstärken und erneut den Weg der deutschen, europäischen und Weltrevolution zu beschreiten. Sie erbittet von allen ihren Sektionen nachdrücklich eine systematische Kampagne gegen die verheerende und barbarische Aktion des angelsächsischen Imperialismus, gegen seine chauvinistische Propaganda, für die Verbrüderung in den besetzten Gebieten mit den deutschen Arbeitern in Uniform, gegen die imperialistischen Projekte eines neuen Versailler Friedens, für die Vereinigten Sozialistischen Staaten Europas und der Welt.

Vor 60 Jahren wurden die Häftlinge des KZ Auschwitz befreit: Massenmord und Profite

von www.sozialismus.info, Sylla Kahl, Hamburg,
Sozialistische Alternative Voran, Deutsche Sektion des CWI

Am 27. Januar 2005 jährte sich der Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee zum 60. Mal. Über 1,5 Millionen Menschen wurden an diesem Ort in den Gaskammern und durch Zwangsarbeit ermordet. Auschwitz gilt seither als Symbol für den organisierten Massenmord des nationalsozialistischen Regimes. An dieser Stätte mündeten imperialistische Expansionsbestrebungen und industrielle Ausbeutungsinteressen im größten Verbrechen des 20. Jahrhunderts.

Zentraler Punkt der nationalsozialistischen Eroberungspolitik in Osteuropa waren der Zugang zu den reichen Rohstoffquellen der Sowjetunion und der durch die NS-Ideologie propagierte Gewinn von "Lebensraum im Osten". Nach der Besetzung erfolgte die gewaltsame Änderung der Bevölkerungsstruktur im Sinne des nationalsozialistischen Rassenwahns. Die jüdischen EinwohnerInnen wurden in Sammelstellen zusammengepfertcht. Ziel war es, Platz für sogenannte Volks- und Reichsdeutsche zu schaffen. Die jüdische Bevölkerung sollte aus dem deutschen Machtbereich nach Sibirien, beziehungsweise Richtung Eismeer deportiert werden und dort an vermeintlich "natürlichen" Todesursachen, wie Hunger, Kälte oder Zwangsarbeit sterben. Zwischen 1939 und 1941 waren Begriffe wie "Aussiedlung", "Räumung" und "Evakuierung" in den Planungen der Nazis noch wörtlich gemeint. Da der rasche Sieg über die Sowjetunion aber ausblieb und sich die ursprünglichen Pläne nicht realisieren ließen, wurden sie in der Folge zu Synonymen für den nun einsetzenden Massenmord. Der geographische Schwerpunkt der Anfang 1942 beschlossenen sogenannten Endlösung, das heißt der Ermordung der europäischen Juden wurde nach Westen in das politisch und militärisch gesicherte Polen verlagert.

Musterstadt Auschwitz

Auch die Stadt Auschwitz veränderte sich durch die Politik der Nationalsozialisten grundlegend. Sie entwickelte sich zum Vorbild für ökonomische Erschließung und rassistische Auslese.

Charakteristisch für die Stadt wurde die enge Zusammenarbeit mit dem 1941 gegründeten Werk der IG Farben (Interessen-Gemeinschaft Farbenindustrie AG), dem seinerzeit wichtigsten deutschen Privatunternehmen. Der Frankfurter Chemiekonzern produzierte Buna, einen kriegswichtigen synthetischen Ersatzstoff für Benzin.

Auschwitz sollte auf Betreiben der Konzernleitung zu einem leistungsfähigen Industriezentrum umgewandelt werden. Aber nicht nur das. Als williger Helfer des

Regimes trieb die ansässige Unternehmensleitung mit erstaunlicher Eigeninitiative auch den rassistischen Auftrag der "Germanisierung" der Region voran. Deutsche Arbeiter wurden in großer Zahl nach Auschwitz geholt. Die polnische und jüdische Bevölkerung wurde größtenteils in das seit 1940 existierende benachbarte Konzentrationslager deportiert. Mit seinem großen Reservoir an billigen Arbeitskräften hatte das KZ Auschwitz einen nicht unentscheidenden "Standortfaktor" in den Plänen der IG Farben gebildet.

Die Reichsministerien stellten der sogenannten Siedlungsmusterstadt Auschwitz große Summen zur Verfügung. Kaum ein Antrag auf staatliche Zuschüsse wurde abgelehnt und dies inmitten des Krieges und allen Sparmaßnahmen zum Trotz.

Die "IG Auschwitz"

Im Frühjahr 1941 begann das Vorhaben "IG Auschwitz". Die IG Farben waren das erste Privatunternehmen, das ein Heer von Zwangsarbeitern unterhielt. Von den insgesamt 35.000 Häftlingen in den Arbeitslagern des Chemie-Riesen starben mehr als 25.000 an den Folgen der Zwangsarbeit. Das Lager Auschwitz-Monowitz, das eines der neugegründeten Hauptlager des späteren Vernichtungslagers Auschwitz bildete, war das erste von einem Privatunternehmen initiierte und finanzierte Konzentrationslager. Genügte die Arbeitsleistung eines Häftlings nicht mehr, forderte der Konzern Ersatz. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Häftlinge betrug in Monowitz nicht mehr als drei Monate.

Die Konzentrationslager bekamen ab 1941 den Auftrag, die Arbeitskraft der Häftlinge gewinnbringend für die deutsche Industrie auszunutzen. In der Folge wurden sie zu Schauplätzen eines geplanten, systematischen Massenmordes und zum Arbeitskräftereservoir der deutschen Großindustrie. Hunderttausende Häftlinge wurden von der SS an die Rüstungsindustrie und Großkonzerne verpachtet.

Industrieller Massenmord

In Auschwitz erreichte das Streben nach profitorientierter Verwertbarkeit des Menschen seinen verbrecherischen Höhepunkt. Selbst die auf der Rampe von Auschwitz als arbeitsunfähig eingeordnet und in den Gaskammern zu Hunderttausenden Ermordeten wurden bis zum Letzten ausgebeutet. Die Haare der Opfer wurden zu U-Bootdichtungen und Strümpfen verarbeitet, aus ihren Knochen wurde Seife produziert. Beides wurde anschließend gewinnbringend an die Wehrmacht verkauft. Den Weg in den Tod ließ sich die Reichsbahn gut bezahlen. Die Deportierten wurden gezwungen ihre Fahrkarte in das Vernichtungslager selbst zu bezahlen. Bei Transporten mit mehr als tausend Menschen gewährte die Reichsbahn "Mengenrabatt".

In Auschwitz wurde die Verknüpfung von Vernichtungswillen und industriellen Ausbeutungsinteressen Wirklichkeit. Hier trafen sich die Interessen der SS und der deutschen Großindustrie und bildeten für mehr als anderthalb Millionen Menschen einen tödlichen Pakt.

Kritik ausgeblendet

In den Gedenkveranstaltungen von Regierung und Bundestag wird die Verwicklung der deutschen Großindustrie in Zwangsarbeit und Massenmord ausgeblendet. Stattdessen wird die These in den Vordergrund gestellt, alle Deutschen trügen die Schuld am Holocaust. "Uns Deutschen stünde es eigentlich gut an, angesichts des größten Menschheitsverbrechens zu schweigen", so Gerhard Schröder kürzlich. Doch worüber soll nach dem Willen des Kanzlers geschwiegen werden?

Darüber, dass die Industriekonzerne IG Farben, Flick, Krupp und Thyssen, die Elektrokonzern Siemens und AEG zu den größten Geldgebern Hitlers gehörten und der Machtübernahme der Nazis mit ihrem Geld den Weg ebneten. Die Naziführung revanchierte sich durch die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen, Abschaffung von Arbeiterrechten, der Vergabe großer Aufträge und mit der Bereitstellung eines schier endlosen Heeres von Zwangsarbeitern. Doch über diese Verbindung wird beim Gedenken an die NS-Verbrechen regelmäßig der Mantel des Schweigens gelegt.

Gerhard Schröder hielt im letzten Jahr die Eröffnungsrede bei der Kunstausstellung "Flick Collection". Die Bilder waren vom Enkel des Großindustriellen Friedrich Flick zur Verfügung gestellt worden. Seine Bilder-Sammlung hat er aus dem geerbten Vermögen des einstigen NS-Rüstungsunternehmers erworben. Friedrich Flick hatte zehntausende Zwangsarbeiter beschäftigt und war 1945 als Kriegsverbrecher verurteilt worden.